

Erschienen in: Gabriel, Oscar W./Westle, Bettina (Hrsg.), Wählerverhalten in der Demokratie, Baden-Baden: Nomos, 2012, 149-182.

Bitte beachten Sie: Es handelt sich um ein Manuskript. Bitte zitieren Sie nur nach der gedruckten Fassung.

3. Sozialstruktur und Wählerverhalten

Harald Schoen und Christian Zettl

3.1. Einführung

Ein wichtiger Zweig der empirischen Wahlforschung geht der Frage nach, ob und inwieweit individuelles Wahlverhalten von der sozialen Position einer Person abhängt. Auch wenn dies nicht immer explizit gemacht wird, steht bei solchen Analysen häufig der Cleavage-Ansatz von Lipset/Rokkan (1967) im Hintergrund. Mit ihrem Aufsatz „Party Systems and Voter Alignments“ legten die Autoren eine historisch-genetische Rekonstruktion der Entstehung von Parteiensystemen in westeuropäischen Demokratien vor (siehe auch Rokkan 1965, 1970). Sie gehen davon aus, dass sich im Laufe der Geschichte in westeuropäischen Gesellschaften soziale Spaltungslinien, sogenannte Cleavages, entwickelten. Diese tiefgreifenden Gegensätze führten dazu, dass sich die von einem solchen Konflikt betroffenen Bevölkerungsgruppen Organisationen zur Vertretung ihrer Interessen schufen und in der Phase der Demokratisierung ein Bündnis mit einer politischen Partei eingingen. In der Folge votierten die Mitglieder einer solchen Bevölkerungsgruppe bei Wahlen weitgehend geschlossen für ‚ihre‘ Bündnispartei. Die makrosoziologische Parteiensystemanalyse erlaubt somit wenigstens indirekt Aussagen über individuelles Wahlverhalten, weshalb sie als Ausgangspunkt des Cleavage-Ansatzes in der empirischen Wahlforschung dient (siehe zu konzeptuellen und methodischen Fragen etwa Schoen 2005; Evans 2010; Franklin 2010; Kriesi 2010).

Lipset/Rokkan (1967) unterscheiden in westeuropäischen Staaten vier Cleavages. Erstens den Konflikt zwischen Zentrum und Peripherie, zweitens zwischen Staat und Kirche, drittens zwischen Stadt und Land sowie viertens zwischen Arbeit und Kapital. Je nach gesellschaftlicher Konstellation beeinflussen diese Konfliktlinien und die Zugehörigkeit zu den entsprechenden Klientelgruppen auch heute noch das Wahlverhalten westeuropäischen Demokratien. Territoriale und Stadt-Land-Konflikte sind in einigen Ländern durchaus anzutreffen, man denke etwa an die Baskenfrage in Spanien (siehe etwa Knutsen 2010). In weitaus mehr westlichen Gesellschaften spielen jedoch das religiöse und das sozioökonomische Cleavage eine wichtige Rolle und wirken prägend auf das politische Geschehen und das individuelle Wahlverhalten.

Dies gilt nicht zuletzt für Deutschland. Hier bestimmten zur Zeit der politischen Mobilisierung im 19. Jahrhundert vor allem der Klassen- und der Religionskonflikt das Parteiensystem und das individuelle Wählerverhalten. Ihren Ausdruck fanden sie in einem weitgehend homogenen klerikal-katholischen Milieu, das sich das Zentrum als politische Interessenvertretung schuf und es vor allem während des Kulturkampfes treu unterstützte. Daneben konnte sich im Kaiserreich vor allem in den Ballungsräumen ein sozialistisches Milieu etablieren, das die Kernklientel der Sozialdemokratie und später auch der Kommunisten bildete.

Diese beiden Konfliktlinien beeinflussen auch heute noch das individuelle Wahlverhalten und das politische Geschehen in Deutschland. Dabei sind jedoch Unterschiede zwischen den alten und den neuen Bundesländern auszumachen. In Westdeutschland konnten die Konfliktlinien und historischen Bündnisse nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs und der Wiederherstellung der Demokratie bald wieder aufgefrischt werden. Dagegen war die Demokratie in der ehemaligen DDR von 1933 bis 1989 suspendiert, so dass auch die Interessenvermittlungsmechanismen und Bündnisse zwischen sozialen Großgruppen und politischen Parteien nicht gepflegt werden konnten. Folglich ist davon auszugehen, dass die Zugehörigkeit zu den Cleavage-Gruppen in den neuen Ländern das Wahlverhalten schwächer beeinflusst als in den alten.

Die folgenden Abschnitte geben einen Überblick über den Forschungsstand zur Wirkung der Schichtzugehörigkeit und der religiös-konfessionellen Position auf das Wahlverhalten. Zu beiden Fragen wird zunächst die empirische Evidenz für die Bundesrepublik dargestellt, ehe auf die Bedeutung dieser beiden Merkmale für das Wahlverhalten in anderen Ländern eingegangen wird. Abschließend fassen wir zentrale Befunde zusammen.

3.2. Schichtzugehörigkeit und Wahlverhalten

In den klassischen Arbeiten wird die Schichtzugehörigkeit – in Anlehnung an die marxistische Klassenkampfvorstellung – dichotom gemessen, indem die Arbeiter der übrigen Gesellschaft gegenübergestellt werden. Diese Unterscheidung war lange Zeit unumstritten, doch wird sie von jüngeren soziologischen Arbeiten als zu simpel zurückgewiesen (siehe Goldthorpe 1999); sie schlagen statt dessen ein mehrdimensionales Schema vor, in dem die Zuordnung zu einer bestimmten Schicht aus der Position einer Person auf dem Arbeitsmarkt und ihrer Situation am Arbeitsplatz resultiert. Als Ausgangspunkt dient die Unterscheidung zwischen Arbeitgebern, Selbständigen und Arbeitnehmern, wobei die erste und die letzte Gruppe weiter aufgegliedert werden.

Die Arbeitgeber werden etwa nach der Größe ihres Unternehmens unterschieden, während für die Arbeitnehmer die Ausgestaltung des Arbeitsverhältnisses das ausschlaggebende Kriterium bildet. Zentral wird dabei unterschieden zwischen dem klassischen Arbeitsverhältnis, in dem eine Person Arbeitsleistungen im Tausch gegen einen Lohn erbringt, sowie einem Dienstverhältnis, das dadurch gekennzeichnet ist, dass eine Person, etwa als leitender Angestellter oder Beamter, delegierte Autorität ausübt oder relativ eigenständig ihr Spezialwissen, man denke an die Professionen oder Techniker, anwendet. Während im klassischen Arbeitsverhältnis der Arbeitgeber über eine direkte Kontrollmöglichkeit verfügt, gilt dies bei einem Dienstverhältnis nur bedingt; hier sichert sich der Arbeitgeber die Loyalität des Beschäftigten, indem er ihm bestimmte Anreize, beispielsweise relativ große Autonomie am Arbeitsplatz, offeriert. Daraus resultiert eine differenzierte Erfassung der sozioökonomischen Position, das nach seinen Autoren Erikson, Goldthorpe und Portocarero benannte EGP-Schema (vgl. Erikson et al. 1979; siehe für die Bundesrepublik Müller 1998).

Im folgenden Überblick über die empirische Evidenz ziehen wir die klassische Dichotomie diesem neueren Konzept. Denn die traditionelle Unterscheidung erlaubt es, die langfristige Entwicklung der politischen Prägekraft der sozio-ökonomischen Spaltungslinie zu untersuchen und damit die gegenwärtige politische Bedeutung lange zurückliegender historischer Brüche zu erfassen.

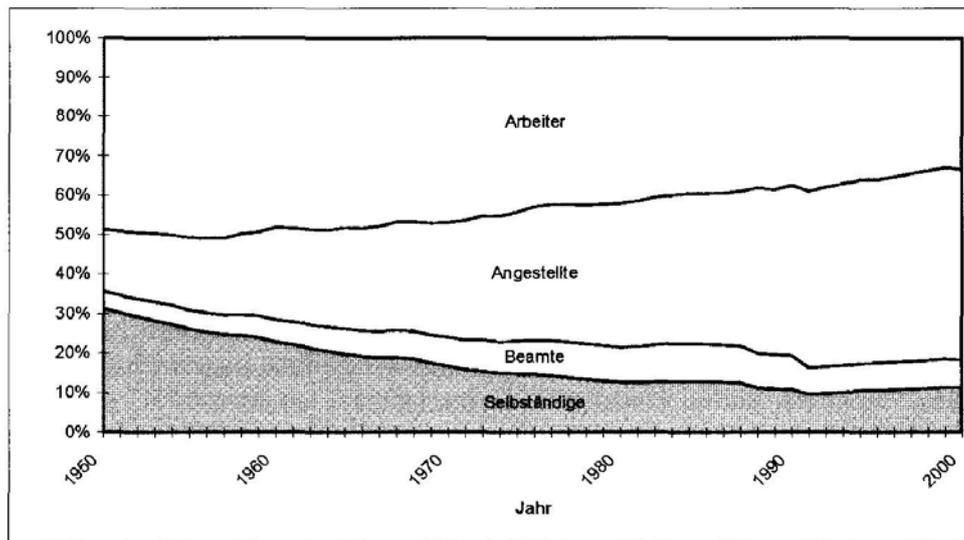
3.2.1 Schichtzugehörigkeit und Wahlverhalten in Deutschland

3.2.1.1 Alte Bundesländer

Die Bedeutung der individuellen Schichtzugehörigkeit für das Wahlverhalten in der Bundesrepublik rührt aus dem in der Industrialisierungsphase aufgebrochenen Konflikt zwischen Kapitaleignern und abhängig Beschäftigten her. Als Erbe aus jener Zeit unterhalten beide Seiten in der Auseinandersetzung um ökonomische Macht auch heute noch Bündnisse zu politischen Parteien: die abhängig Beschäftigten finden in staatsinterventionistischen Parteien, etwa der SPD, ihre politische Interessenvertretung, während Unternehmer und Selbständige ihre Anliegen von ökonomisch konservativen Parteien, wie etwa CDU/CSU und FDP, vertreten sehen. Auf Grund dieser Bündnisse können die Mitglieder der sozialen Großgruppen als ‚natürliche‘ Wählerbasis dieser beiden Parteien gelten.

Wie in anderen westlichen Demokratien sind die sozialen Trägergruppen dieses Konflikts im Zuge des gesellschaftlichen Wandels in der bundesdeutschen Geschichte merklich geschrumpft (siehe Abbildung 1). Der Arbeiteranteil schmolz von rund 50 Prozent auf weniger als 30 Prozent, wobei die Wiedervereinigung zunächst etwas bremsend wirkte; der alte Mittelstand, also Unternehmer und Selbständige, macht im Jahr 2009 nicht mehr 30 Prozent wie noch fünfzig Jahre früher aus, sondern nur noch ein Zehntel der erwerbstätigen Bevölkerung. Im Gegenzug wuchs die neue Mittelschicht, die sich aus Angestellten und Beamten zusammensetzt, auf rund 60 Prozent an. Das Abschmelzen der sozialen Trägergruppen spricht für einen politischen Bedeutungsverlust des sozioökonomischen Konflikts, sagt jedoch noch nichts über die Wirkung der Schichtzugehörigkeit auf das Wahlverhalten aus; sie muss dabei nicht zwangsläufig parallel nachlassen, sondern könnte durchaus anwachsen.

Abbildung 1: Entwicklung der Berufsstruktur in der Bundesrepublik Deutschland 1950-2009



Quelle: Jesse (1997a: 210), Statistisches Bundesamt (1999: 93; 2002: 94, 2009: 148); 1950-1990: ursprüngliches Bundesgebiet, ab 1991: Gebiet des wiedervereinigten Deutschlands.

Um zu klären, wie sich die politische Prägekraft der Schichtzugehörigkeit in der Bundesrepublik empirisch entwickelt hat, lässt sich zunächst untersuchen, inwieweit die Angehörigen einer Cleavage-Gruppe geschlossen für ‚ihre‘ Partei stimmen. Denn wählten beispielsweise die Arbeiter geschlossen die SPD, könnte man behaupten, dass die Gruppenzugehörigkeit das Stimmverhalten vollständig determiniere. Empirisch ist die Stellung im Beruf in der Bundesrepublik weit davon entfernt, das Wahlverhalten vollständig zu bestimmen (siehe Tabelle A1 der Online-Dokumentation). Denn selbst in Spitzenzeiten votierten lediglich zwei Drittel der Arbeiter und drei Viertel der gewerkschaftsgebundenen Arbeiter für die SPD. Ebenso erfreuen sich die Unionsparteien (sowie die FDP) in ihrer natürlichen Klientel, dem alten Mittelstand, großer, aber beileibe nicht einmütiger Unterstützung: bei den Bundestagswahlen 1953 bis 2005 votierten stets über 50 Prozent aus dieser Gruppe für CDU und CSU. Insbesondere 2009 nahm diese Unterstützung jedoch deutlich ab. Verglichen mit den Spitzenwerten in den sechziger und siebziger Jahren, lässt sich zwar eine leicht sinkende Tendenz erkennen (siehe auch Gluchowski et al. 2002), bezogen auf die gesamte bundesdeutsche Wahlgeschichte, kann jedoch nicht von einem säkularen Niedergang gesprochen werden. Unter den Arbeitern nimmt der SPD-Anteil seit den siebziger Jahren ab, nachdem er zuvor von etwa 40 Prozent auf rund 60 Prozent angestiegen war; auch diese Beobachtung stützt die Vermutung nicht, der fortschreitende gesellschaftliche Wandel schwäche die Parteitreu der Cleavage-Gruppen, wenngleich die Bundestagswahl 2009 hierbei wiederum eine Besonderheit darstellt. Erst recht kann das nicht für die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter behauptet werden, da sie bis 2009 durchweg zu nahezu sechzig Prozent für die SPD stimmen (siehe auch Falter/Schoen 1999: 457-462; Schoen/Zettl 2010; siehe anders Gluchowski et al. 2002). Nachdem sich die Bündnisse zwischen den sozialen Gruppen und ‚ihren‘ Parteien am Beginn der Bundesrepublik erst (wieder) etablieren mussten, überdauerten sie den gesellschaftlichen Wandel lange Zeit weitgehend intakt, wenngleich zu keinem Zeitpunkt die Mitglieder der Cleavage-Gruppen vollzählig für ‚ihre‘ Partei votierten. Inwieweit die Bundestagswahl 2009 mit den merklich abweichenden Ergebnissen hierbei eine Zäsur darstellt und sich neue Bündnisse zwischen den Gewerkschaften bzw. Arbeiterschaft und der Linkspartei oder alter Mittelstand und FDP bilden, muss sich erst in weiteren Wahlen erweisen.

Im Vergleich dazu lässt sich in der neuen Mittelschicht keine durchgängige Präferenz für eine Partei erkennen: bis 1965 entschieden sich Angestellte und Beamte mehrheitlich für CDU/CSU, in der Zeit der sozialliberalen Koalition näherte sich die neue Mittelschicht mit einer beinahe durchgängigen SPD-Präferenz den Arbeitern an (siehe Pappi 1977), ehe sich seit den achtziger Jahren beide Parteien in dieser Gruppe beinahe die Waage halten und lediglich 1998 die SPD die Union merklich in den Schatten stellen konnte. Dieser Verlauf spricht zum einen für die vergleichsweise schwache sozialstrukturelle Vorprägung von Parteipräferenzen in dieser Bevölkerungsgruppe, die sich im klassischen sozioökonomischen Konflikt nicht eindeutig einer Seite oder Partei zuordnen lässt. Zum anderen scheinen Beamte und Angestellte gewissermaßen generelle Trends im

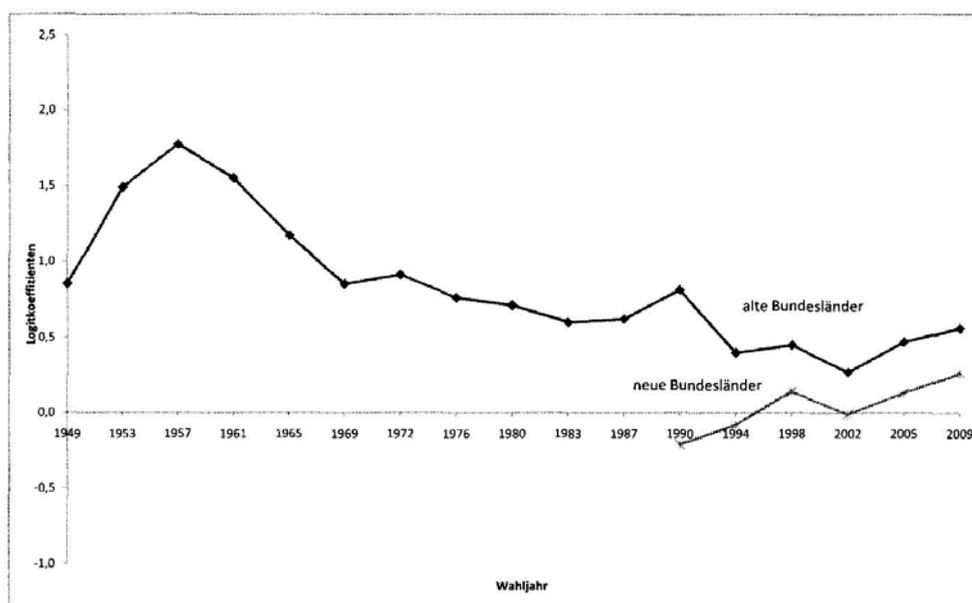
Wahlverhalten zu bestimmen, was sich nicht zuletzt darin niederschlägt, dass die neue Partei der Grünen in dieser Gruppe vergleichsweise gut abschnitt.

Diese Betrachtungsweise ist zwar ausgesprochen anschaulich, zugleich jedoch problematisch. Denn sie ist nicht in der Lage, allgemeine Trends von schichtspezifischen Effekten zu trennen. So würde man wohl nicht von einem positiven Effekt der Gruppenzugehörigkeit auf die SPD-Wahl sprechen wollen, wenn 60 Prozent der Arbeiter SPD wählen, aber der SPD-Anteil in der Gesamtbevölkerung ebenso hoch oder sogar noch höher läge. Eine auf die absoluten Stimmenanteile in einzelnen Gruppen beschränkte Analyse kann daher nur erste Hinweise auf die politische Prägekraft der Gruppenzugehörigkeit liefern. Um tatsächlich Schichteffekte messen zu können, muss man das Stimmverhalten verschiedener Bevölkerungsgruppen miteinander vergleichen.

Als erstes Instrument wurde dazu der nach seinem Urheber benannte Alford-Index (vgl. Alford 1962) eingesetzt. Er lässt sich – bezogen auf die sozioökonomische Spannungslinie – einfach ermitteln, indem der Stimmenanteil der Arbeiterpartei unter den Nicht-Arbeitern von dem entsprechenden Anteil unter den Arbeitern abgezogen wird; nicht zuletzt diese einfache Berechnung als Prozentsatzdifferenz zwischen der für eine bestimmte Parteiwahl prädestinierten Gruppe und dem Rest des Elektorats (oder einer anderen sozialen Gruppe) verhalfen ihm zu einer sehr weiten Verbreitung. Doch weist dieser Index eine ähnliche Schwäche auf wie das vorgestellte absolute Maß: er kann gruppenspezifische Entwicklungen der Unterstützung für eine Partei nicht zuverlässig von Popularitätsschwankungen einer Partei in der Gesamtbevölkerung trennen (siehe etwa Korpi 1972). Wenn eine Partei insgesamt nur drei Prozent erhält ist es sehr wahrscheinlich, dass ihre Stimmenanteile zwischen verschiedenen sozioökonomischen Gruppen um vielleicht zehn, aber kaum um dreißig oder mehr Prozentpunkte differieren; der Alford-Index misst also nicht nur das, was er eigentlich messen soll, sondern reagiert – gerade bei sehr schiefen oder stark schwankenden Verteilungen – zusätzlich auf Veränderungen in den Randverteilungen.

Diesen Konfundierungseffekt kann man vermeiden, wenn man die Wahrscheinlichkeiten verschiedener Gruppen, für bestimmte Parteien zu stimmen, nicht voneinander subtrahiert, sondern sie miteinander ins Verhältnis setzt. Auf diese Weise erhält man die sogenannten odds ratios (siehe Heath et al. 1985: Kapitel 3) sowie, wenn man den natürlichen Logarithmus davon berechnet, die log odds (siehe Thomsen 1987). Wie stark sich Arbeiter von den übrigen Bürgern im Wahlverhalten unterscheiden, wird daher im Folgenden untersucht, indem die SPD-Wahlwahrscheinlichkeit unter Arbeitern und unter den übrigen Stimmberechtigten ins Verhältnis gesetzt werden und daraus mittels Logarithmierung¹ der Relationen sogenannte log odds berechnet werden (siehe Heath et al. 1985; Thomsen 1987).

Abbildung 2: Effekt der Zugehörigkeit zur Arbeiterschaft auf die Wahrscheinlichkeit, bei den Bundestagswahlen 1949 bis 2009 für die SPD zu stimmen (West- und Ostdeutschland; Logitkoeffizienten)



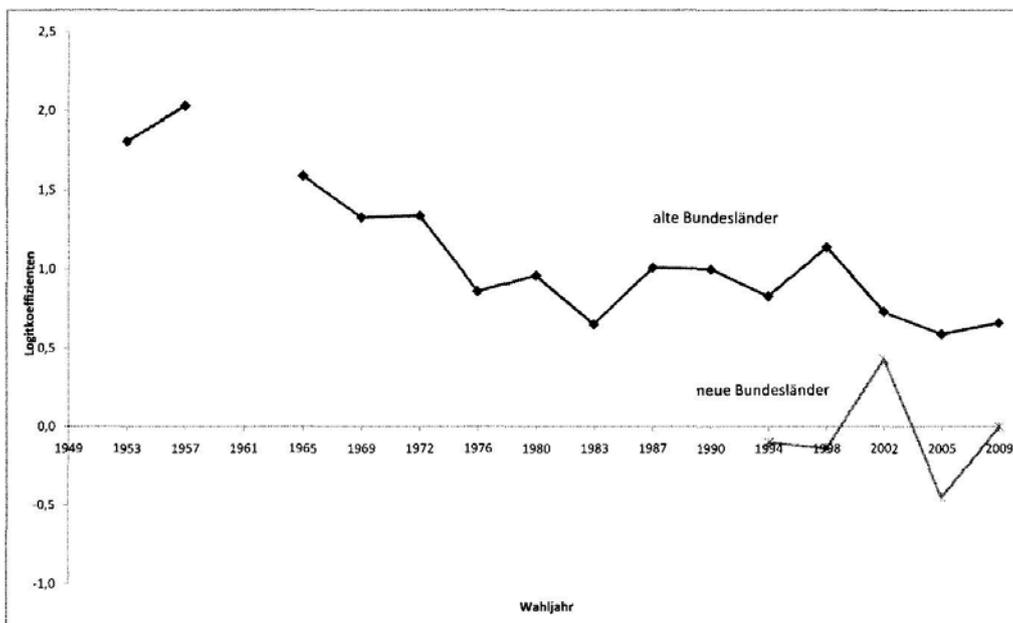
¹ Die Logarithmierung sorgt für eine Variable mit einem Wertebereich von $-\infty$ bis $+\infty$ und vorteilhaften Verteilungseigenschaften.

Siehe für die Darstellung mit Konfidenzintervallen um die Logitkoeffizienten und die Datenquellen Abbildung A1 und A2 bzw. Tabelle A1 und A2 der Online-Dokumentation.

Lesehilfe: Die angegebenen Logitkoeffizienten berechnen sich folgendermaßen: Zunächst wird unter den Arbeitern die Wahrscheinlichkeit der SPD-Wahl mit der Wahrscheinlichkeit, die SPD nicht zu wählen, ins Verhältnis gesetzt (1); den gleichen Quotienten bildet man für die übrigen Personen (2). Anschließend wird (1) durch (2) dividiert und von diesem Term der natürliche Logarithmus gebildet. Ein Wert von 0 gibt an, dass die Gruppenzugehörigkeit keine Wirkung auf die Wahlentscheidung entfaltet, positive Werte sprechen für einen positiven Effekt des Arbeiterstatus auf die SPD-Wahl, negative Koeffizienten hingegen für einen negativen Effekt.

Setzt man diese Methoden ein, resultieren merklich andere Befunde zum Wahlverhalten in der Bundesrepublik (siehe Abbildung 2 und 3). Bei der ersten Bundestagswahl 1949 übertrafen die Arbeiter die restliche Wählerschaft vergleichsweise schwach in ihrer SPD-Präferenz; in den fünfziger Jahren vertiefte sich die Kluft und erreichte bei der Wahl 1957 ihren Höhepunkt: offenbar hatten sich die Konfliktlinien und Interessenpartnerschaften in der neuen elektoralen Arena erst wieder etablieren müssen, ehe das Wahlverhalten vergleichsweise deutliche sozialstrukturelle Konturen gewinnen konnte. Auf den raschen Anstieg folgte ein ebenso rasanter Rückgang der elektoralen Prägekraft der sozialen Position: Bis zur Wahl 1969 hatten die Arbeiter ihr Wahlverhalten dem restlichen Elektorat wieder so stark angeglichen wie 1949 und blieb danach weitgehend unverändert. Insgesamt hat die elektoralen Prägekraft der Zugehörigkeit zur Arbeiterschaft seit den fünfziger Jahren deutlich nachgelassen und ist heute kaum mehr eindeutig von null verschieden (siehe auch Schoen/Zettl 2010; siehe aber auch Elff/Roßteutscher 2009). Allerdings darf dieser Befund nicht verwechselt werden mit der Aussage, es sei ein säkularer Abwärtstrend zu beobachten (siehe etwa Dalton 1984; Dalton et al. 1984), da die Wirkung erst nach einem deutlichen Anstieg am Beginn der fünfziger Jahre nachzulassen begann.

Abbildung 3: Effekt der Zugehörigkeit zu den gewerkschaftsnahen Arbeitern auf die Wahrscheinlichkeit, bei den Bundestagswahlen 1949 bis 2009 für die SPD zu stimmen (West- und Ostdeutschland; Logitkoeffizienten)



Siehe zur Berechnung der Logitkoeffizienten die Legende zu Abbildung 2. Siehe für die Darstellung mit Konfidenzintervallen um die Logitkoeffizienten und die Datenquellen Abbildung A3 und A4 bzw. Tabelle A1 und A2 der Online-Dokumentation.

3.2.1.2 Neue Bundesländer

In den neuen Bundesländern hängt die soziale Position anders mit dem Wahlverhalten zusammen als in den alten Ländern, da gesellschaftlicher Pluralismus, entsprechende Organisationen und damit verbundene Konflikte vom DDR-Regime unterdrückt wurden. Diese Unterschiede zeichnen sich bereits ab, wenn man die Stimmanteile für einzelne Parteien in den verschiedenen Sozialkategorien betrachtet (siehe Tabelle A1 der Online-Dokumentation). Zwar wählen die Mitglieder des alten Mittelstandes weitgehend so, wie man es erwartet: Zumindest mit einer relativen Mehrheit haben sie bei den bisherigen sechs gesamtdeutschen Wahlen für die CDU gestimmt. Doch gegen jede Erwartung erzielte sie bei den Bundestagswahlen 1990 und 1994 unter den Arbeitern eine deutliche Stimmenmehrheit und verwies die SPD und die PDS, die als Linksparteien als natürliche Interessenvertretung der Arbeiter gelten könnten, deutlich auf die Plätze. Erst im Laufe der Zeit büßte die CDU ihre Vorrangstellung ein; im Gegenzug konnte die SPD – wie auch die PDS bzw. die Linkspartei – Boden gutmachen. Fraglich bleibt jedoch, wie dauerhaft dieses elektorale Bündnis ist, wie sich bei der Bundestagswahl 2009 vor allem für die SPD andeutet. Auf der organisatorischen Ebene hat sich mittlerweile eine Allianz zwischen Gewerkschaften und linken Parteien herausgebildet, doch haben die Arbeiter in vergleichsweise geringem Maße langfristige Loyalitäten zu ihren natürlichen Bündnisparteien entwickelt (siehe Arzheimer/Falter 1998, 2002, 2005; Arzheimer/Schoen 2007). Daher spricht einiges dafür, dass sich in den neuen Bundesländern bei den zurückliegenden Bundestagswahlen im Wahlverhalten zwar allmählich ähnliche sozialstrukturelle Konturen wie in den alten Ländern abzeichnen, aber noch nicht verfestigte und belastbare Bündnisse zwischen sozialen Gruppen und politischen Parteien vorliegen; dafür spricht nicht zuletzt die in den neuen Ländern insgesamt schwächere Gewerkschaftsbindung. In den neuen Bundesländern scheint es sich bei den Mustern des class voting somit eher um fragile, aus der politischen Konstellation bei einer bestimmten Wahl resultierende Regelmäßigkeiten im Stimmverhalten zu handeln.

Wie angesichts der dargestellten Stimmenverteilung kaum anders zu erwarten, unterscheidet sich das Bild in den neuen Bundesländern auch deutlich von jenem in den alten, wenn man die log odds berechnet (siehe Abbildung 2 und 3). Bei keiner der betrachteten Wahlen steigert die Zugehörigkeit zur Gruppe der Arbeiter- die Wahrscheinlichkeit, für die SPD zu stimmen, in einem eindeutig von null verschiedenen Maße. In den neuen Ländern haben sich somit auf der Wählerebene nicht die gleichen Repräsentationskoalitionen wie in den alten herausgebildet. Das Wahlverhalten folgt in beiden Landesteilen augenscheinlich unterschiedlichen Regelmäßigkeiten.

3.2.2 Schichtzugehörigkeit und Wahlverhalten im internationalen Vergleich

Die politische Prägekraft der sozio-ökonomischen Position findet in der internationalen Literatur ebenfalls erhebliche Aufmerksamkeit. Dies liegt nicht zuletzt daran, dass einflussreiche Politikwissenschaftler die Auffassung vertreten, der sozio-ökonomische Konflikt bilde den Kern aller politischen Auseinandersetzungen in westlichen Demokratien (vgl. Lipset 1963: 230). Für diese These spricht nicht zuletzt die Tatsache, dass in zahlreichen westlichen Demokratien – wie in Deutschland – Parteien existieren, die Interessen von Kapitaleignern durchzusetzen suchen, vor allem aber Parteien, die sich die Vertretung der Interessen von abhängig Beschäftigten auf die Fahne geschrieben haben. Man denke etwa an die Labour Party in Großbritannien oder die Partij van de Arbeid (PvdA) in den Niederlanden, die einst ein solches Bündnis mit der Arbeiterbewegung geschlossen haben.

Die Bedeutung der sozioökonomischen Spannungslinie für das Wahlverhalten bemisst sich jedoch nicht danach, ob entsprechende Parteien kandidieren, sondern vor allem danach, ob die Zugehörigkeit zur Arbeiterschaft das Wahlverhalten zugunsten der Arbeiterparteien beeinflusst. Legt man diesen Maßstab an und misst die Wirkung der Gruppenzugehörigkeit mit den log odds, zeigt sich, dass die Zugehörigkeit zur Arbeiterschaft im Untersuchungszeitraum in zahlreichen westlichen Demokratien das Wahlverhalten zugunsten linker Parteien fördert (siehe Tabelle 1); insoweit kann man von einer Bedeutung der sozioökonomischen Konfliktlinie für das Wahlverhalten sprechen. Allerdings darf dieser Befund nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Wirkungen in der Regel von allenfalls moderater Stärke sind; mit anderen Worten, die Gruppenzugehörigkeit determiniert das Wahlverhalten nicht vollkommen.

Tabelle 1: Class-voting in westlichen Demokratien, 1945-1990 (log odds)

	Class voting				Trend (Änderung/10 Jahre)	Erhebungs- zeit- punkte	Zeitspanne, für die Da- ten vorlie- gen
	1945- 1960	1961- 1970	1971- 1980	1981- 1990			
Australien	1.38	1.22	1.16	0.80	-0.18	17	1946-1990
Belgien	-	1.21	0.87	0.80	-0.20	20	1968-1990
Dänemark	1.82	2.33	1.18	0.97	-0.30	29	1945-1990
Deutschland	1.55	1.06	0.61	0.48	-0.31	25	1953-1990
Finnland	2.17	2.24	1.60	0.55	-0.30	5	1958-1987
Frankreich	1.01	0.76	0.72	1.52	-0.15	25	1947-1990
Griechenland	-	-	0.53	0.55	0.15	10	1980-1989
Großbritanni- en	1.64	1.67	1.07	0.90	-0.22	30	1945-1990
Irland	-	0.88	0.77	0.47	-0.15	18	1969-1990
Italien	1.13	0.66	0.73	0.70	-0.19	20	1953-1990
Kanada	0.30	0.31	-	0.27	-0.01	13	1945-1984
Luxemburg	-	-	1.10	0.53	-0.14	17	1973-1990
Niederlande	0.61	0.65	0.94	0.86	-0.01	25	1950-1990
Norwegen	2.39	1.38	1.43	0.68	-0.44	11	1949-1990
Österreich	-	1.12	1.28	0.76	-0.27	5	1968-1989
Portugal	-	-	-	0.84	0.27	5	1985-1989
Schweden	2.26	1.73	1.57	0.63	-0.27	12	1946-1988
Schweiz	-	-	0.82	1.36	-0.07	4	1972-1987
Spanien	-	-	0.75	0.62	-0.16	6	1979-1989
USA	0.67	0.36	0.46	0.80	-0.12	27	1948-1990

Quelle: Nieuwbeerta/Ultee 1999: 137.

Zur Interpretation der log odds siehe die Erläuterung zu Abbildung 2. Der Trendkoeffizient gibt an, um wieviel sich die log odds in zehn Jahren verändert haben.

Mindestens ebenso deutlich zeigen die empirischen Analysen, dass die Wirkung der sozialen Schichtzugehörigkeit nicht in allen Ländern gleichermaßen groß ist (siehe auch Dalton 2002: 149-151). Vergleichsweise schwach hängt das Wahlverhalten mit der sozioökonomischen Position in den USA und Kanada zusammen (siehe Tabelle 1). Eine Ursache dafür dürfte in den USA darin liegen, dass hier sozioökonomische Gegensätze die politische Auseinandersetzung nicht dominieren, da die beiden großen amerikanischen Parteien in sozioökonomischen Fragen einander relativ stark ähneln und eine Partei fehlt, die dezidiert Arbeiterpositionen vertritt; in Kanada dürfte die Bedeutung regionaler Konflikte, man denke etwa an Quebec, den Einfluss der Schichtzugehörigkeit abschwächen. Ähnlich schwach ist der Klasseneffekt in Griechenland und Spanien ausgeprägt. Hier dürften die Gründe nicht zuletzt darin liegen, dass es sich um vergleichsweise junge Demokratien handelt, in denen sich die Parteiprofile und die Zuordnungen von Parteien und Bevölkerungsgruppen erst im Laufe der Zeit herausbilden konnten.

Vergleichsweise starke Effekte entfaltet die sozioökonomische Position im betrachteten Zeitraum hingegen in Großbritannien sowie in Dänemark, Finnland, Norwegen und Schweden (vgl. Nieuwbeerta 1995: 44-52; Nieuwbeerta/Ultee 1999). In Großbritannien wie auch in den skandinavischen Ländern dürfte der Klasseneffekt

fekt nicht zuletzt davon begünstigt werden, dass andere Konfliktlinien, etwa territoriale oder religiös-konfessionelle Spannungslinien, keine derart wichtige Rolle spielen wie die sozioökonomische. Zudem dürfte die Existenz mitglieder- und mobilisierungsstarker sowie politisch einflussreicher Gewerkschaften dazu beigetragen haben, dass in den genannten Ländern Arbeiter deutlich häufiger als der Rest der Bevölkerung für die Partei der ‚Arbeiterklasse‘ votieren. Aber selbst in Großbritannien und Skandinavien ist der Einfluss der sozialen Position auf das Wahlverhalten begrenzt. Daher erscheinen Behauptungen, die das Wahlverhalten praktisch als ein Spiegelbild der individuellen sozialen Position reduzieren (siehe etwa für Großbritannien Pulzer 1967: 102), stark übertrieben.

Der internationale Vergleich weist die (alte) Bundesrepublik als Land mit einem mittleren Ausmaß von Klassenwahlverhalten aus. Zwar wirkt die individuelle Gruppenzugehörigkeit deutlich stärker als etwa in den beiden nordamerikanischen Demokratien auf das Wahlverhalten, doch fällt der Klasseneffekt merklich schwächer als in Skandinavien und in Großbritannien aus. Diese mittlere Position hängt nicht zuletzt damit zusammen, dass zwar ein sozioökonomisches Cleavage mit entsprechenden Bündnissen zwischen sozialen Großgruppen und Parteien existieren, daneben aber eine wirkmächtige religiös-konfessionelle Spannungslinie das politische Geschehen und das Wahlverhalten beeinflusst. Sie führt dazu, dass einige Personen im Sinne ihrer Position auf der letzteren Konfliktlinie und gegen ihre Klassenposition votieren.

Die hier präsentierten empirischen Ergebnisse bestätigen für die Bundesrepublik den seit den fünfziger Jahren rückläufigen Trend des class-voting, der bereits in Abschnitt 2.1.1 anhand einer anderen Datenbasis festgestellt wurde. Diese Abwärtstendenz ist – dies zeigt Tabelle 1 ebenfalls – keine deutsche Besonderheit. Denn in einer ganzen Reihe von Ländern ist, vom Ende des Zweiten Weltkriegs bis 1990, ein deutlicher Rückgang des class-voting nachzuweisen. Beispielsweise war der Klasseneffekt in den skandinavischen Ländern in der Zeit von 1945 bis 1960 mit log odds-Werten von rund 2 oder sogar über 2 ausgesprochen stark ausgeprägt, jedoch nahm die Wirkung in den folgenden 30 Jahren deutlich ab, so dass das Ausmaß der Klassenwahl von 1980 bis 1990 praktisch nicht mehr von den Werten in den anderen betrachteten Demokratien zu unterscheiden ist (siehe Tabelle 1; siehe auch Nieuwbeerta 1995: 44-52; Ringdal/Hines 1995, 1999). Ähnliche Abwärtstrends sind in anderen Ländern mit anfänglich vergleichsweise starken Klasseneffekten, etwa in Großbritannien, zu verzeichnen, weshalb man insgesamt von einer Angleichung auf niedrigerem Niveau sprechen könnte.

Die Ursachen für den gemessenen Rückgang des class voting lässt sich zu einem Teil auf die verwendeten Messoperation zurückführen. Das Wahlverhalten und die Gruppenzugehörigkeit werden dichotom erfasst, nämlich Arbeiterpartei vs. andere Parteien bzw. Arbeiter vs. übrige Bevölkerung, wobei die Arbeiter für die Arbeiterpartei, die übrigen Personen für andere Parteien votieren sollten. Dies erscheint solange plausibel, wie es sich bei den übrigen Personen um Angehörige des alten Mittelstandes handelt, da dieser fundamental andere Interessen besitzt als die klassischen Arbeiter. Anders sieht es etwa mit Angestellten aus, deren Interessen mit jenen des alten Mittelstandes nicht kongruent sind und deren Arbeitnehmerstatus sie durchaus zu einem Votum für eine Arbeiterpartei veranlassen könnte. In gewisser Weise werden diese Personen in diesem dichotomen Schema ‚falsch‘ zugeordnet, so dass der Klasseneffekt auf das Wahlverhalten unterschätzt wird. Wie in Abbildung 1 für die Bundesrepublik dargestellt, wächst die neue Mittelschicht, die in dieser Dichotomie falsch zugeordnet wird, infolge des gesellschaftlichen Wandels von der Industrie- zur Dienstleistungs- sowie zur Informationsgesellschaft kontinuierlich an. Folglich wird der Fehler bei der Messung des Klasseneffekts größer, der Effekt wird also zunehmend deutlicher unterschätzt. Im Endergebnis könnte der gemessene Rückgang im class voting zu einem Teil auf das Wachstum der neuen Mittelschicht und nicht auf einen echten Rückgang der Prägekraft der sozialen Position zurückgeführt werden (vgl. Heath et al. 1991: 62-72; Nieuwbeerta 1995; Weakliem 2001: 200-201).

Dieses Artefaktargument kann gleichwohl nicht den gesamten Rückgang des Klasseneffekts erklären. Die Gründe für die sinkende Tendenz des class voting sind einerseits in generellen gesellschaftlichen Entwicklungen zu suchen. Beispielsweise ist an den wachsenden Wohlstand in westlichen Demokratien nach dem Zweiten Weltkrieg zu denken, der die materiellen Gegensätze zwischen abhängig Beschäftigten, vor allem aber der Arbeiterschaft, und der übrigen Gesellschaft deutlich abgeschwächt hat (siehe etwa Nieuwbeerta/Ultee 1999). Andererseits dürften die fortschreitende Auflösung homogener sozialer Milieus und die wachsende geographische und soziale Mobilität in westlichen Gesellschaften, die mit der gesellschaftlichen Modernisierung einhergehen, eine Rolle gespielt haben; man vergleiche etwa eine Person, die in einen Arbeiterhaushalt hineingeboren wird, in diesem politische und soziale Normen erlernt, einen Arbeiterberuf ergreift und sich auch sonst ausschließlich im Arbeitermilieu bewegt, mit einem Menschen, der häufiger Wohnort, Freundeskreis und Beruf wechselt (siehe dazu etwa Kohler 2002). Diese gesamtgesellschaftlichen Entwicklungen können in freiheitlichen Gesellschaften von der Politik nur in geringem Umfang beeinflusst werden, weshalb aus dieser

Sicht die Entwicklung des class voting und damit dessen Abschwächung als unabwendbarer säkularer Trend erscheint.

Diese Vorstellung entspricht der Realität jedoch nur bedingt, da die politische Elite mit ihrem Angebotsverhalten durchaus einen Einfluss darauf hat, inwieweit die Bürger im Einklang mit ihrer sozialen Gruppenzugehörigkeit votieren. Dies lässt sich am Beispiel der britischen Unterhauswahlen illustrieren. Denn einen geradezu dramatischen Einbruch erlitt das class voting bei der Unterhauswahl 1997 (vgl. Goldthorpe 1999: 81-82; siehe auch Heath et al. 2001). Dabei handelt es sich just um die erste Wahl, in der die Labour Party nach ihrer Verwandlung zu ‚New Labour‘ und der Aufgabe sozialistischer Glaubensartikel kandidierte; mit anderen Worten, sie vertrat nun zu jenen Themen, die für die Auseinandersetzung auf der sozioökonomischen Konfliktlinie zentral sind, Positionen, die von jenen der konkurrierenden Parteien kaum mehr verschieden waren, so dass überzeugte Sozialisten Zweifel beschleichen konnten, ob Labour für sie tatsächlich die richtige Wahl sei, und Bürgerliche weniger Hemmungen besessen haben dürften, für die Labour Party zu votieren (siehe Sanders 1999). Kurzum, Parteien können mit ihrem Wettbewerbsverhalten – also der (De-)Thematisierung bestimmter Fragen und der Übernahme bestimmter Positionen – durchaus Einfluss darauf nehmen, in welchem Umfang es zu class voting kommt (vgl. Elff 2006, 2009).

Darauf weist nicht zuletzt die Entwicklung in einigen Ländern Mittel- und Osteuropas hin. Unmittelbar nach dem Zusammenbruch des Kommunismus hingen Parteipräferenzen und Wahlverhalten nur vergleichsweise schwach mit der Zugehörigkeit zu sozialen Großgruppen im Sinne des sozioökonomischen Cleavages zusammen. Im Laufe der Zeit bezogen die Parteien jedoch klarere Positionen zu sozioökonomischen Fragen, so dass die Wähler zusehends in die Lage versetzt wurden, gemäß ihrer Gruppenzugehörigkeit und den damit verbundenen Interessen zu stimmen. Empirisch konnten solche Entwicklungen etwa in Rußland (Evans/Whitefield 1999) und in der Tschechischen Republik (Mateju et al. 1999) nachgewiesen werden. Zur Illustration sei der tschechische Fall noch ein wenig genauer dargestellt (siehe Tabelle 2). Bei der Wahl 1992 lässt sich zwar eine deutliche Präferenz der Selbständigen für die wirtschaftsliberale ODS erkennen, doch zeigt sich bei der Wahlentscheidung zugunsten der sozialdemokratischen CSSD und des kommunistisch geführten Linksblocks nicht die theoretisch plausible starke Präferenz der Arbeiter. Vier Jahre später sieht das schon deutlich anders aus: Nach wie vor bilden die Selbständigen und Personen mit freien Berufen die Hochburg der ODS. Nun kristallisieren sich aber auch die Arbeiter als diejenige Gruppe heraus, die die CSSD am deutlichsten unterstützen. Das Wahlverhalten gewinnt also klarere sozialstrukturelle Konturen, und zwar nicht zuletzt dank prononcierter und deutlicher herausgestellter Parteipositionen zu sozioökonomischen Fragen.

Tabelle 2: Wahlverhalten in Abhängigkeit von der Schichtzugehörigkeit bei den tschechischen Parlamentswahlen 1992 und 1996

1992		Professionen	Kleine Angestellte	Selbstständige	Arbeiter	Rentner	andere	Gesamt
ODS	1992	31.7	33.7	42.7	22.8	27.1	29.5	29.0
	1996	36.2	29.8	44.8	18.9	27.5	32.7	29.5
ODA	1992	12.9	7.9	7.0	3.4	4.1	4.9	5.8
	1996	11.8	7.1	8.7	3.9	3.2	9.1	6.3
KDU-CSL	1992	6.4	5.1	1.7	6.1	9.3	5.4	6.1
	1996	9.8	6.2	4.7	8.2	10.5	9.1	8.1
CSSD	1992	7.2	7.3	2.4	7.1	6.2	4.9	6.3
	1996	22.3	29.9	17.7	35.0	21.4	24.0	26.3
Linksblock	1992	13.8	14.2	5.4	13.3	18.5	11.5	13.8
	1996	9.4	10.2	5.5	11.7	19.5	8.2	11.7
SPR-RSC	1992	1.8	5.2	6.2	9.5	1.7	6.9	5.8
	1996	2.0	8.2	9.7	12.7	3.9	8.3	8.0
LSU	1992	7.2	6.1	2.5	8.6	3.8	6.7	6.3
HSD-SMS	1992	4.0	4.7	4.6	7.9	3.7	6.7	5.7
SD-LSNS	1996	3.3	1.8	2.0	1.9	1.9	1.9	2.0
Mähr. Parteien	1996	0.7	0.7	0.5	1.1	0.3	0.8	0.7
Andere Parteien	1992	15.0	16.3	27.4	21.3	25.6	23.6	21.3
	1996	4.3	6.1	6.4	6.6	11.8	5.8	7.4
Gesamt	1992	8.2	22.2	6.7	29.4	19.7	13.9	
	1996	6.9	23.6	11.6	29.4	22.4	14.3	

N (1992) = 11292; N (1996) = 13930

Angegeben sind Stimmenanteile in den jeweiligen Sozialkategorien.

Quelle: Mateju et al. (1999: 239-240).

Die Entwicklungen in den neuen östlichen Demokratien sprechen gegen einen generellen Rückgang des class voting. In die gleiche Richtung deuten Entwicklungen in westlichen Demokratien, in denen sich kein unformaler Abwärtstrend beobachten lässt (vgl. etwa Brooks 2006; Elff 2007), sondern zum Teil sogar stärkere Beziehungen zwischen der Schichtzugehörigkeit und der Parteipräferenz herausbilden; wie Tabelle 1 zeigt, gilt dies tendenziell für Griechenland. Und selbst die schwächer werdenden Zusammenhänge in einer Reihe etablierter westlicher Demokratien darf nicht so interpretiert werden, als ob sie sich unabänderlich fortsetzen werde und daher in ein paar Jahren oder Jahrzehnten die Schichtzugehörigkeit jegliche Wirkung auf das Stimmverhalten eingebüßt haben werde. Wie dargestellt, können Parteien und Kandidaten mit ihrer Politisierungsleistung durchaus zur Revitalisierung vergangen geglaubter Konfliktlinien und Wahlverhaltensmuster beitra-

gen. Daher erscheint es lohnenswert für die empirische Wahlforschung, auch künftig den Zusammenhang zwischen sozialer Position und Wahlverhalten zu untersuchen.

3.3. Religion, Konfession und Wahlverhalten

3.3.1 Religion, Konfession und Wahlverhalten in Deutschland

In Deutschland begründete die Reformation eine soziale Spannungslinie zwischen Katholiken und Protestanten. Bedeutung für das Wahlverhalten seit dem 19. Jahrhundert gewann sie, weil die als „Reichsfeinde“ diskriminierten Katholiken 1870 mit dem Zentrum ihren „politischen Aktionsausschuss“ gründeten und sie bei Wahlen in ihrer überwiegenden Mehrzahl unterstützten (siehe etwa Pappi 1985: 264-266; Schmitt 1989: 27-52). Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde der Gegensatz auf der parteipolitischen Ebene formal insofern überwunden, als sich CDU und CSU als überkonfessionell christliche Parteien gründeten. Gleichwohl knüpften beide Parteien in gemischt-konfessionellen und katholischen Gegenden organisatorisch in einem hohen Maße an das Zentrum und deren bayerisches Pendant, die Bayerische Volkspartei, an; lediglich in den norddeutsch-protestantischen Regionen lässt sich eine solche Kontinuitätslinie nicht ziehen. Insofern kann auf der Eliteebene, wenn auch in deutlich abgeschwächter Form, von einem Fortbestehen des Bündnisses zwischen Katholiken und einer politischen Partei die Rede sein (vgl. Pappi 1985: 268; Schmitt 1989: 84-98).

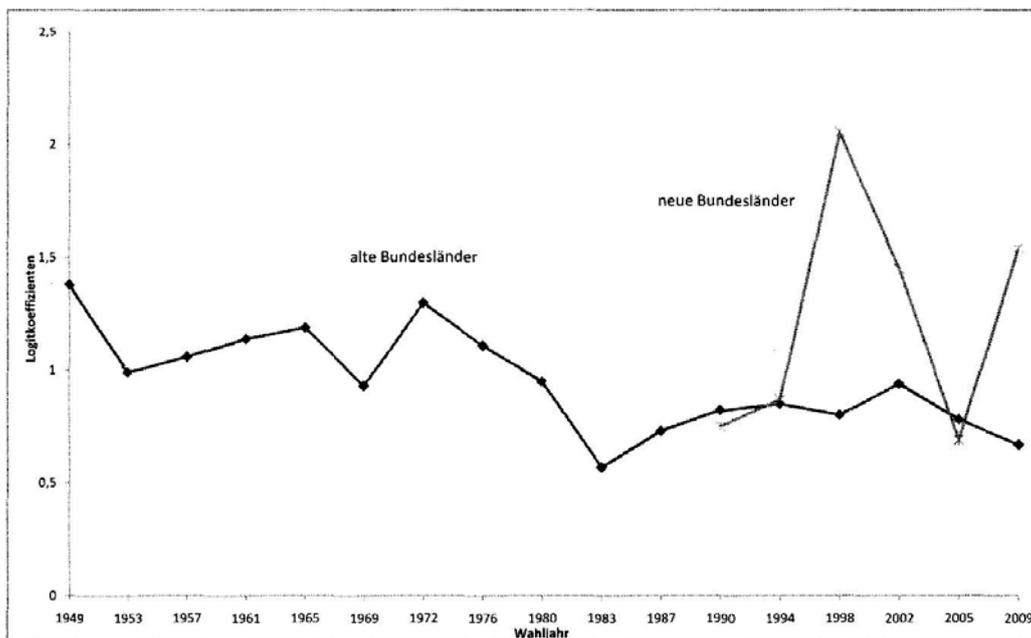
3.3.1.1 Alte Bundesländer

Welchen Entwicklungspfad die politische Prägekraft der konfessionell-religiösen Spaltungslinie in der Bundesrepublik eingeschlagen hat, lässt sich im ersten Schritt untersuchen, indem – ausgehend von einem konfessionellen Cleavage und der daraus hervorgegangenen Elitekoalition zwischen katholischer Kirche und Zentrum – die absolute Unterstützung der Unionsparteien unter den Katholiken betrachtet wird (siehe Tabelle A3 der Online-Dokumentation). Empirisch zeigt sich, dass die Katholiken ähnlich wie in den fünfziger Jahren auch heute noch erkennbar häufiger für die Unionsparteien stimmen als für ein alternatives Parteiangebot; gleichwohl hat die Vorliebe für CDU und CSU etwas nachgelassen und bewegt sich anders als in den fünfziger und sechziger Jahren nicht mehr um die 60 Prozent-Marke, sondern pendelt seit 1980 um die 50 Prozent-Marke (siehe Falter/Schoen 1999: 462-465; Jagodzinski/Quandt 2000). Die kirchennahen Katholiken, die regelmäßig den Gottesdienst besuchen, können als eigentliche Kernklientel der Unionsparteien gelten, da in diesem Bevölkerungssegment durch den häufigen Kontakt mit dem Klerus und anderen Gemeindegliedern die sozialen und politischen Gruppennormen besonders intensiv verankert sein sollten. Daher erstaunt es nicht, dass in diesem zusehends kleiner werdenden Segment seit den fünfziger Jahren zwischen 60 und 80 Prozent eine Präferenz für die Unionsparteien hegen (vgl. Gluchowski et al. 2002: 191-197; Falter/Schoen 1999: 462-465; Jagodzinski/Quandt 2000). Diese Befunde sprechen zum einen dafür, dass selbst in den fünfziger Jahren die katholische Wahlnorm nicht von allen Konfessionsmitgliedern befolgt wurde, es also wenigstens für diese Phase einer Verklärung gleichkommt, von einem politisch vollkommen homogenen Milieu zu sprechen. Zum anderen, und das ist ein mindestens ebenso wichtiges Teilergebnis, vermögen die Unionsparteien ihre über das konfessionelle Cleavage definierte Kernklientel nach wie vor recht gut an sich zu binden; die politische Prägekraft der Konfession ist somit insofern intakt (siehe aber Schnell/Kohler 1995: 647-649).

Das konfessionelle Cleavage wurzelt in dem Konflikt zwischen dem katholischen Milieu und dem protestantisch-preußischen Staat, weshalb sich die Prägekraft der Spaltungslinie zusätzlich in einem fortwährenden Unterschied zwischen Katholiken und Protestanten an der Wahlurne niederschlagen sollte. Tatsächlich votieren Protestanten durchgängig deutlich seltener für die Unionsparteien als Katholiken und seit 1961 sogar durchweg mehrheitlich für die SPD. Eine solche interkonfessionelle Differenz ist vor allem zwischen den Kirchnahen beiderlei Konfession zu beobachten, während zwischen den kirchenfernen Konfessionsmitgliedern nur sehr geringe Unterschiede im Wahlverhalten nachzuweisen sind (vgl. Falter/Schoen 1999: 463-464; Jagodzinski/Quandt 1997; 2000; Pappi 2002: 38-39). Auch insofern ist das konfessionelle Cleavage in der Geschichte der Bundesrepublik, wenn auch regional unterschiedlich, (vgl. Pappi 1985: 285-287), deutlich erhalten geblieben.

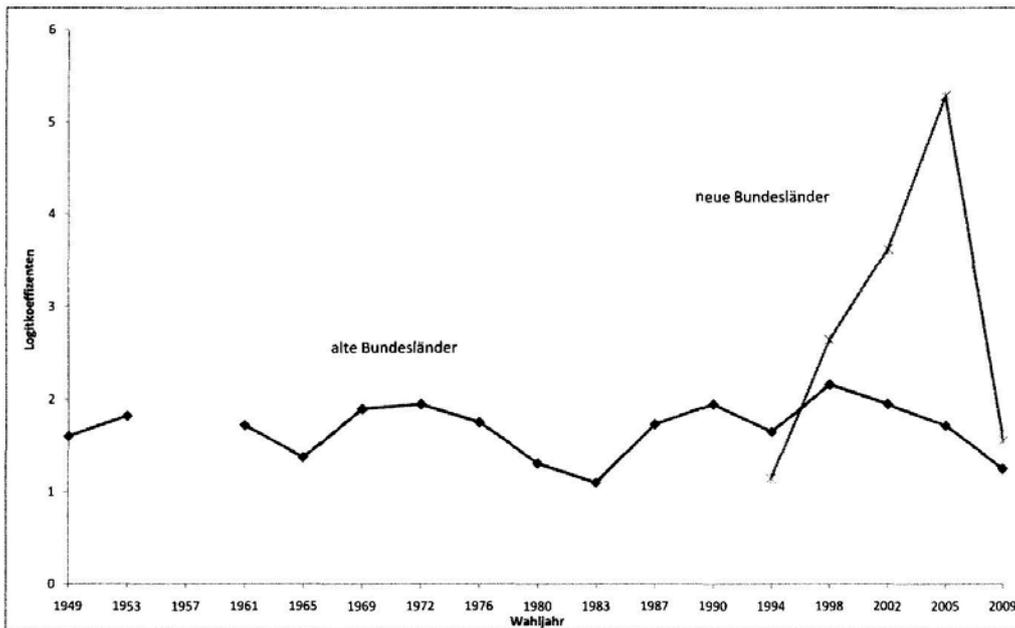
Diese Betrachtungsweise ist wiederum mit dem Problem behaftet, Konfessions- und allgemeine Periodeneffekte zu trennen. Um ausschließlich die Stärke der politischen Prägekraft der Konfessionszugehörigkeit zu messen, ist es daher erforderlich, die Wahrscheinlichkeit, für die Unionsparteien zu stimmen, zwischen Katholiken und der übrigen Wählerschaft zu vergleichen. Wie Abbildung 4 zeigt, ändert dieser Methodenwechsel praktisch nichts an den substantiellen Befunden: Im Zeitverlauf hat die politische Prägekraft der katholischen Konfession etwas nachgelassen, doch erlauben es die Veränderungen keinesfalls, von einer rapiden Erosion zu sprechen; am ehesten lässt sich ein deutlicher Rückgang in den späten siebziger und frühen achtziger Jahre erkennen, als die Unionsparteien trotz einer schrumpfenden katholischen Klientel beinahe die absolute Mehrheit bei Bundestagswahlen erzielten. Betrachtet man das Wahlverhalten der praktizierenden Katholiken, lässt sich auf deutlich höherem Niveau erst recht kein eindeutiger (Abwärts-)Trend erkennen, sondern nur wahl-spezifische Schwankungen, die in der Summe in einem tendenzlosen Oszillieren resultieren (siehe Abbildung 5; auch Schoen 2005; Roßteutscher 2007; Efff/Roßteutscher 2009; Schoen/Zettl 2010).

Abbildung 4: Effekt der Zugehörigkeit zu den Katholiken auf die Wahrscheinlichkeit, bei den Bundestagswahlen 1949 bis 2009 für die CDU/CSU zu stimmen (West- und Ostdeutschland; Logitkoeffizienten)



Siehe zur Berechnung der Logitkoeffizienten die Legende zu Abbildung 2. Siehe für die Darstellung mit Konfidenzintervallen um die Logitkoeffizienten und die Datenquellen Abbildung A5 und A6 bzw. Tabelle A3 der Online-Dokumentation.

Abbildung 5: Effekt der Zugehörigkeit zu den praktizierenden Katholiken auf die Wahrscheinlichkeit, bei den Bundestagswahlen 1949 bis 2009 für die CDU/CSU zu stimmen (West- und Ostdeutschland; Logitkoeffizienten)



Siehe zur Berechnung der Logitkoeffizienten die Legende zu Abbildung 2. Siehe für die Darstellung mit Konfidenzintervallen um die Logitkoeffizienten und die Datenquellen Abbildung A7 und A8 bzw. Tabelle A3 der Online-Dokumentation.

3.3.1.2 Neue Bundesländer

In den neuen Bundesländern stellt sich das Wahlverhalten ähnlich, jedoch nicht identisch dar. Die ostdeutschen Katholiken stimmen bei Bundestagswahlen wie ihre westdeutschen Glaubensbrüder und -schwestern in überproportionalem Maße für die CDU (siehe auch Gluchowski et al. 2002: 199-202; Falter/Schoen 1999: 464). Das zahlenmäßig marginale ostdeutsche katholische Milieu kann somit als schmale, aber stabile Stütze der Union gelten. Die Protestanten bevorzugten bei den bisherigen sechs gesamtdeutschen Bundestagswahlen ebenfalls die CDU. (siehe Tabelle A3 der Online-Dokumentation). Stärker als die Protestanten unterscheiden sich die in den neuen Bundesländern zahlenmäßig bedeutsamen Konfessionslosen in ihrem Stimmverhalten von den Katholiken. Unter ihnen genießt die PDS bzw. Linkspartei, also die Nachfolgerin der DDR-Staatspartei SED, deutlich überdurchschnittliche Unterstützung, während die CDU nach Anfangserfolgen bei den Wahlen nach 1998 nur noch gut ein Viertel dieser Bürger für sich gewinnen konnte. Trotz gravierender Unterschiede in der konfessionell-religiösen Zusammensetzung der beiden Teilektorate scheinen sich somit in den alten und neuen Bundesländern ganz ähnliche Stimmuster der konfessionell-religiösen Gruppen abzuzeichnen.

Diesen Befund bestätigt ein Blick auf die methodisch angemesseneren log odds (siehe Abbildung 5). In den neuen Bundesländern entscheidet sich die kleine Gruppe praktizierender Katholiken deutlich häufiger als die übrige Bevölkerung für die CDU; und anders als im Falle des sozioökonomischen Konflikts ist der Effekt in Ostdeutschland ähnlich stark oder sogar etwas stärker ausgeprägt als im Westen. Das Diaspora-Dasein der Katholiken in der DDR scheint ihre von der übrigen Bevölkerung abweichenden konfessionell-religiösen Überzeugungen und deren Bedeutung als Entscheidungskriterium bei der Stimmgabe somit nicht wesentlich geschwächt zu haben (siehe auch Elff/Roßteutscher 2009).

In West- und Ostdeutschland unterscheiden sich – wie ein Vergleich der Abbildungen 4 und 5 belegt – praktizierende Katholiken im Wahlverhalten stärker von den übrigen Bürgern als alle Katholiken, was auf die wichtige Rolle der Kirchenbindung beim Wahlverhalten hindeutet (siehe auch Elff/Roßteutscher 2009). In der Literatur wird gelegentlich sogar der Vermutung geäußert, sie alleine sei auch für die dargestellten Wahlverhal-

tensunterschiede zwischen den Konfessionen verantwortlich: Katholiken fühlten sich enger an die Kirche gebunden als Protestanten und votierten deshalb, aber beispielsweise nicht der Glaubensinhalte wegen, deutlich häufiger für die Unionsparteien (siehe etwa Pappi 1985: 287; Wolf 1996). Wie hier nicht eigens tabellarisch ausgewiesene Analysen jedoch zeigen, begünstigen in beiden Landesteilen die Konfessionszugehörigkeit und die Kirchenbindung, gemessen anhand des Gottesdienstbesuchs, jedoch unabhängig voneinander die Wahl von CDU und CSU, was sich nicht zuletzt daran ablesen lässt, dass unter den kirchennäheren Schichten, für die die Konfessionszugehörigkeit überhaupt eine echte Bedeutung besitzt, die Konfession die Parteipräferenz merklich beeinflusst (vgl. Jagodzinski/Quandt 1997; 2000; Pappi 2002: 38-39; Schoen/Zettl 2010). Ein Gegensatz zwischen Religiösen und Areligiösen ist somit an die Seite, nicht aber an die Stelle des konfessionellen Konflikts getreten.

3.3.2 Religion, Konfession und Wahlverhalten im internationalen Vergleich

Der Klassenkonflikt spielt praktisch in allen westeuropäischen Ländern in der gleichen Ausprägung eine Rolle: Arbeiter schlossen ein Bündnis mit einer Arbeiterpartei und votieren deshalb regelmäßig für diese. Die religiös-konfessionelle Konfliktlinie tritt in westlichen Gesellschaften weniger uniform auf als die sozioökonomische Spannungslinie, da ihre Ausprägung von der konfessionellen Zusammensetzung der Gesellschaften zur Zeit der Reformation und der seitherigen Entwicklung abhängt (siehe Lipset/Rokkan 1967). Dabei lassen sich drei Fallgruppen unterscheiden (vgl. zum Folgenden Flora 2000: 54-65).

Zunächst ist das homogen protestantische Nordwesteuropa, also vor allem Skandinavien und Großbritannien, zu betrachten. Hier schlossen die etablierten protestantischen Kirchen ein Bündnis mit den Kräften, die die Nation geschaffen hatten. Diese Konstellation, man denke etwa an die anglikanische Kirche in Großbritannien, verhinderte die Entstehung eines Staat-Kirche-Konflikts über die Rolle der Kirche in weltlichen Angelegenheiten; gleichwohl entstanden insofern religiöse Konflikte, als sich von der etablierten protestantischen Kirche sektiererische oder orthodoxe Dissenter abspalteten und zu ihr in Opposition traten. In den Parteiensystemen fanden diese Kräfte Verbündete in eher liberalen oppositionellen Kräften; beispielsweise ist in Großbritannien die Conservative Party seit alters her die gleichsam natürliche Verbündete der anglikanischen Staatskirche, während die Nonkonformisten (wie auch die katholische Minderheit) lange Zeit in der Liberal Party ihre Vertretung fanden, ehe diese ihre Rolle an die Labour Party abtreten musste. Allerdings werden diese religiösen Konflikte nicht derart vehement ausgetragen, wie es in der zweiten Ländergruppe der Fall ist.

In den religiös gemischten Ländern Mitteleuropas, wozu die Niederlande, die Schweiz und das Deutsche Reich gehörten, konnte sich zur Zeit der Reformation ein echter konfessioneller Konflikt herausbilden. Denn in diesen Staaten, die politisch von protestantischen Kräften dominiert wurden, waren starke katholische Minderheiten vorzufinden. Diese Frontstellung zwischen protestantischem Staat und katholischer Minderheit mündete in eine andauernde Spaltung. Um ihre Interessen politisch in der Demokratie zu vertreten, bildete das oppositionelle katholische Milieu Bündnisparteien, die von ihrer Klientel an der Wahlurne zu einem hohen Prozentsatz unterstützt wurden. In den Parteiensystemen unserer Tage finden diese Konflikte aus der Reformationszeit ihren Niederschlag in Parteien, deren Wurzeln auch in der Interessenvertretung der katholischen Minderheiten liegen; neben CDU und CSU in Deutschland ist an die Christlich-demokratische Volkspartei (CVP) in der Schweiz oder an den CDA (Christen-democratische Appel) in den Niederlanden zu denken, der aus einem Zusammenschluss christlicher Parteien, mit der katholischen KVP (Katholieke Volkspartij) als größtem Partner, hervorging.

In den katholischen Regionen Süd- und Zentraleuropas, also etwa Frankreich, Spanien, italienischen und Habsburger Gebieten, lagen die Dinge zu Zeiten der Gegenreformation wiederum ein wenig anders. Die katholische Kirche unterhielt hier enge Allianzen mit dem alten Regime. Die Auseinandersetzungen um den Übergang zum Nationalstaat brachten daher eine Konfliktkonstellation, in der liberale, antiklerikale Kräfte für den Nationalstaat eintraten und die Befürworter des Status quo die Privilegien der katholischen Kirche verteidigten. Vom Verlauf dieser Konflikte hing es nun ab, wie sie sich im Parteiensystem niederschlugen. So entstanden in den Habsburger Gebieten, in denen sich engere Beziehungen zwischen Staat und Kirche entwickelten, katholische Parteien. In Frankreich wurde der Konflikt dagegen intensiv und über lange Zeit fortgesetzt, wobei eine Allianz aus konservativen Kräften und nicht ausdrücklich katholischen Parteien für die Kircheninteressen eintraten. In heutigen Parteiensystemen finden diese Spaltungen der Vergangenheit ihren Nieder-

schlag etwa in der Österreichischen Volkspartei (ÖVP) in Österreich, der in der ersten italienischen Republik dominanten Democrazia Christiana (DC) oder in der konservativen Partido Popular (PP) in Spanien.

Vor diesem historischen Hintergrund ist nun zu untersuchen, inwieweit Konfessionszugehörigkeit und Religiosität auch heute noch das Wahlverhalten beeinflussen. Dazu wird anhand der Daten, die im Rahmen des von der Europäischen Kommission ins Leben gerufenen Eurobarometers zwischen 1970 und 1999 erhoben wurden (http://europa.eu.int/comm/public_opinion/; http://www.gesis.org/en/data_service/eurobarometer/index.htm) und der European Election Studies 2004 und 2009, untersucht, inwieweit die Konfession und die Häufigkeit des Gottesdienstbesuchs einen Einfluss darauf haben, ob eine Person für christdemokratische oder konservative Parteien stimmt.

Die Analysen bestätigen zunächst die konfessionelle Dreiteilung der europäischen Staaten (siehe Tabelle A4 der Online-Dokumentation). In einer ersten Gruppe dominieren die Katholiken, während Protestanten und Angehörige anderer Religionsgemeinschaften kleine Minderheiten bilden, die in einigen Fällen quantitativ kaum ins Gewicht fallen. Hierzu zählen Belgien, Frankreich, Irland, Italien, Luxemburg, Portugal und Spanien, was sich daran ablesen lässt, dass der Stimmenanteil für die christdemokratisch-konservativen Parteien in den Reihen der Protestanten in Klammern gesetzt ist, da in der Umfrage weniger als 30 Protestanten befragt wurden und daher daraus berechnete Anteilswerte nicht allzu belastbar sind. Die entgegengesetzte Konstellation findet sich in Dänemark und Norwegen sowie tendenziell in Großbritannien, wo der Katholikenanteil bei knapp 15 Prozent liegt; in der Diaspora befinden sich die Katholiken ebenfalls in Griechenland, doch dominieren hier die Orthodoxen. Erhebliche Anteile der Bevölkerung können Protestanten und Katholiken nur in den Niederlanden und Deutschland für sich verbuchen, wobei Ostdeutschland mit seinem hohen Anteil Konfessionsloser eine Sonderstellung einnimmt.

In den vorwiegend katholischen Ländern wird in der Regel ein deutlich positiver Effekt der katholischen Konfession auf die Wahrscheinlichkeit, eine christdemokratische oder konservative Partei zu wählen, erkennbar. Dies lässt sich zum einen daran ablesen, dass die Katholiken mit höherer Wahrscheinlichkeit als Protestanten und Andersgläubige für diese Parteien votieren. Mag man angesichts der zum Teil sehr niedrigen Fallzahlen in den beiden zuletzt genannten Kategorien zweifeln, so bestehen aber keine methodischen Bedenken gegen das Ergebnis eines Vergleichs der Katholiken mit den Konfessionslosen: Die Katholiken wählen deutlich häufiger als Konfessionslose christdemokratische bzw. konservative Parteien.

Beide Teileffekte werden gemessen, wenn man in einer logistischen Regression die Wahlentscheidung der Katholiken mit jener aller anderen Befragten vergleicht (siehe zu dem Verfahren Abbildung 2). Wie Tabelle 3 zeigt, begünstigt in den betrachteten katholischen Ländern die katholische Konfession deutlich die Wahl einer christdemokratischen oder konservativen Partei. Am stärksten wirkte sie bis 1994 in Belgien und Italien, was damit zusammenhängen könnte, dass ausdrücklich christdemokratische Parteien kandidierten. Gerade in diesen beiden Ländern ließ seitdem die Prägekraft der Konfession deutlich nach, was mit den Umwälzungen der beiden Parteiensysteme in den zurückliegenden Jahren zusammenhängt. In Frankreich, Irland, Portugal und Spanien, also in jenen Ländern ohne eine starke christdemokratische Partei, in denen vor allem konservative Parteien katholische Interessen vertreten, fällt der Effekt der Konfession insgesamt moderat aus.

Tabelle 3: Wirkung der katholischen Konfession auf die Wahlentscheidung zugunsten christdemokratischer oder konservativer Parteien in ausgewählten europäischen Staaten (Logitkoeffizienten)

	Frankreich	Belgien	Italien	Luxemburg	Irland	Spanien	Portugal
1970	0.25						
1971	0.11	2.48					
1973	0.59			3.95	0.16		
1975	0.86	2.67	3.01	1.81	0.74		
1976	1.02	2.20	2.91	2.14	1.12		
1977	1.20	2.30	2.68	2.81	1.47		
1978	1.36	2.44	3.01	0.80	1.21		
1981	1.02	2.88	3.11	3.78	1.40		
1986	1.13	2.80	2.45	2.70	1.26		0.92
1987	1.28	2.14	2.15	2.14	1.09		1.43
1988	1.30	1.35	2.14	1.40	2.05		0.45
1989	0.83	2.26	2.70	2.23	0.94	1.69	1.08
1990	1.09	2.04	2.76	2.65	1.89	1.80	1.00
1991	1.00	2.04	3.03	1.52	1.32	1.75	0.96
1992	0.92	2.31	2.18	3.52	1.16	1.74	0.83
1993	1.07	2.66	3.23	1.72	1.71	1.89	0.51
1994	1.45	1.93	2.23	1.46	0.95	1.54	1.12
1995	0.99	1.96		1.23	1.42	1.42	0.68
1997	0.85	2.18		1.82	1.34	1.58	0.64
2004	1.04	1.32	0.74	0.61	0.76	1.21	0.97
2009	1.61	0.62	1.09	1.12	0.57	1.06	0.48

	Niederlande	Deutschland West	Deutschland Ost	Dänemark	Großbritannien	Norwegen
1970	0.78	1.20				
1971	1.05	1.14				
1973	0.60	1.22			-0.67	
1975	1.07	0.95		0.99	-0.55	
1976	0.75	1.04		1.28	-0.53	
1977	0.93	1.11		0.26	-0.68	
1978	1.19	0.80		0.32	-0.44	
1981	0.99	1.11		-0.06	-0.40	
1986	1.13	0.08				
1987	1.26	1.03		0.58	-0.51	
1988	1.13	0.87		0.72	-0.65	
1989	0.76	0.92		0.10	-0.65	
1990	1.16	0.99	1.12	-0.43	-0.39	0.18
1991	1.03	0.87	0.99	-0.58	-0.45	0.32
1992	0.97	0.70	1.12		-0.45	0.63
1993	0.97	0.72	1.36		-0.16	-0.43
1994	0.76	0.99	1.38	-0.07	-0.42	-0.50
1995	0.89	0.91	0.62	0.69	-0.09	
1997	0.49	0.95	0.77		-0.10	
2004	1.10	1.05			-0.12	
2009	0.98	1.13	0.82	-0.80	-0.13	

Quelle: eigene Berechnungen auf der Basis von Daten aus dem Eurobarometer und der Europawahlstudien 2004 und 2009. Siehe zur Berechnung der Logitkoeffizienten die Legende zu Abbildung 2.

In den protestantischen Staaten Nordwesteuropas sieht die Zuordnung von Konfessionen und Parteien etwas anders aus. In Großbritannien stimmen die Protestanten deutlich häufiger als die Konfessionslosen, aber auch als die Katholiken für die Conservative Party; eine weitere Aufschlüsselung der Protestanten, die hier nicht eigens ausgewiesen ist, zeigt, dass die Mitglieder der anglikanischen Kirche die eigentliche Hausmacht der Tories darstellen und die Angehörigen anderer protestantischer Glaubensgemeinschaften deutlich in ihrer Präferenz für die Konservativen übertreffen. Insgesamt ist die Konstellation somit genau spiegelverkehrt zu den katholischen Ländern, wo die Katholiken den stabilsten Pfeiler christdemokratischer und konservativer Parteien darstellen. Die Ursache dafür liegt in den unterschiedlichen historischen Hintergründen, die bereits dargestellt wurden: In Großbritannien gehört die anglikanische Kirche zu den staatstragenden Institutionen, in den katholischen Ländern ist die katholische Kirche in einen Block konservativer Kräfte eingebunden. Weniger klar sind die Muster in Dänemark und Norwegen, doch votieren die Protestanten hier ebenfalls konservativer als die Konfessionslosen und werden darin, anders als in den katholischen Ländern, nicht regelmäßig von den Katholiken um Längen übertroffen.

Vor diesem Hintergrund kann es nicht überraschen, dass die Ergebnisse der Logitanalyse für die protestantischen Länder anders aussehen als für die katholischen. In Dänemark und Norwegen wirkt die katholische Konfession allenfalls moderat zugunsten der Wahl einer konservativen Partei; doch gilt dies nicht durchgängig, da in mehreren Jahren auch negative Effekte auftreten. In Großbritannien sind negative Wirkungen sogar im gesamten Untersuchungszeitraum zu beobachten: Katholiken wählen durchgängig seltener die Conservative Party als andere Bevölkerungsgruppen, allerdings ist auch dieser Effekt nicht allzu stark ausgeprägt (Tabelle 3).

In den traditionell gemischt-konfessionellen Gesellschaften der Niederlande und Deutschlands ähnelt das Wahlverhalten stärker jenem in den katholischen als in den protestantischen Ländern. Denn generell stimmen Katholiken erstens häufiger als Konfessionslose und Andersgläubige, zweitens aber auch als die Protestanten für die christdemokratischen Parteien; ein Unterschied besteht allerdings insofern, als in den Niederlanden der Unterschied zwischen Katholiken und Protestanten sich abmilderte und in der Zwischenzeit in sein Gegenteil verkehrte: nunmehr stimmen auch Protestanten häufiger für christliche Parteien. Dies ändert jedoch nichts daran, dass im Vergleich mit dem Rest der Bevölkerung die Katholiken deutlich häufiger für christdemokratische Parteien stimmen (Tabelle 3). Ihrer Stärke nach liegen die Effekte auf dem Niveau katholischer Länder wie Frankreich, Irland, Portugal und Spanien und bleiben deutlich hinter den in Belgien und Italien gemessenen Wirkungen zurück.

Die Wirkungen der katholischen Konfession auf das Wahlverhalten unterscheiden sich zum Teil deutlich zwischen den Ländern, sind jedoch in den meisten Fällen innerhalb eines Landes über die Zeit relativ stabil (siehe auch Knutsen 2004). Die Logitkoeffizienten in Tabelle 3 oszillieren zwar von Erhebung zu Erhebung, doch bewegen sich die Schwankungen in der Regel in einem recht engen Korridor. Über zahlreiche gesellschaftliche Veränderungen und politische Umbrüche hinweg ist die Prägestärke der katholischen Konfession somit in den letzten dreißig Jahren praktisch konstant geblieben.

Theoretische Begründungen für den Zusammenhang zwischen Konfession und Wahlverhalten stellen auf bestimmte Werthaltungen, Kontaktmuster, Bindungen oder Interessenlagen von Gläubigen ab (vgl. Schoen 2005). Um zu prüfen, ob sie das Wahlverhalten beeinflussen, wird der Zusammenhang zwischen der Häufigkeit des Gottesdienstbesuchs, der als Indikator für die angeführten Argumente dient, und der Wahrscheinlichkeit, für christdemokratische oder konservative Parteien zu stimmen, untersucht. Die Häufigkeit des Gottesdienstbesuchs wird dabei mit einer vierstufigen Variable gemessen, die von völliger Abstinenz bis zu täglichem Gottesdienstbesuch reicht.

Empirisch lässt sich in sämtlichen betrachteten Ländern ein deutlicher positiver Effekt des Gottesdienstbesuchs auf die Wahrscheinlichkeit, für eine konservative oder christdemokratische Partei zu stimmen, nachweisen. Allerdings gilt dies nicht in allen Ländern und zu allen Zeitpunkten in gleichem Maße. Betrachtet man die katholischen Länder, erweist sich der Gottesdienstbesuch in Italien und Belgien bis 1994 als deutlich einflussreicher als in Frankreich, Irland und der iberischen Halbinsel. Da in Belgien und Italien bis zu diesem Zeitpunkt ausdrücklich christdemokratische Parteien mit guten Verbindungen zur katholischen Kirche kandidierten, während in den anderen Ländern vor allem bürgerlich-konservative Parteien zu finden sind, könnte das Parteienangebot ein Faktor sein, der die Wirksamkeit des Gottesdienstbesuchs beeinflusst (Tabelle 4).

Tabelle 4: Wirkung der Kirchgangshäufigkeit auf die Wahlentscheidung zugunsten christdemokratischer und konservativer Parteien in ausgewählten europäischen Staaten (Logitkoeffizienten)

	Frankreich	Belgien	Italien	Luxemburg	Irland	Spanien	Portugal
1970	1.38	3.26	3.60				
1971	1.28	2.40	3.45				
1973	2.20	3.14	3.16	2.99	1.32		
1975	1.29	3.01	3.63	3.58	0.86		
1976	1.48	3.34	3.61	4.34	0.53		
1977	1.25	3.05	2.74	5.35	0.40		
1978	1.35	2.94	3.58	3.00	0.86		
1980	2.31	3.01	3.78	3.23	0.73		
1981	2.29	3.96	2.20	3.86	2.29		
1985	2.09	3.29	3.91	3.55	1.45		
1988	1.71	3.61	3.64	3.98	1.25	3.11	1.44
1989	1.47	2.32	3.24	3.40	1.20	1.89	0.97
1990	1.39	3.15	2.59	3.41	0.80	1.90	0.93
1991	1.77	2.97	3.29	2.09	1.40	1.65	0.76
1992	1.15	2.91	2.76	2.98	1.36	1.61	0.76
1993	1.11	2.43	3.23	2.71	1.32	2.00	1.55
1994	1.37	2.76	3.00	1.74	1.25	1.43	0.85
2004	1.57	0.97	0.68	1.28	0.92	1.83	0.07
2009	1.03	0.62	0.60	1.46	0.85	1.54	0.72

	Niederlande	Deutschland West	Deutschland Ost	Dänemark	Großbritannien	Norwegen
1970	4.08	3.22				
1971	2.40	2.79				
1973	3.74	3.50		-0.73	0.75	
1975	3.33	2.36		3.39	0.80	
1976	3.84	2.93		2.92	0.28	
1977	4.15	2.8		2.16	0.61	
1978	4.10	1.37		1.88	0.54	
1980	4.20	2.81		0.49	0.44	
1981	4.50	3.18		3.32	0.20	
1985	5.15	2.25		0.99	0.46	
1988	3.50	3.49		0.88	0.61	
1989	2.90	2.34		1.12	0.18	
1990	2.81	2.20	1.58	0.85	0.10	3.28
1991	3.05	2.10	1.33	1.44	0.22	1.80
1992	3.88	2.03	0.15	0.46	0.21	1.84
1993	3.07	1.99	1.77	1.43	0.90	1.77
1994	3.86	1.97	1.34	1.55	0.25	2.23
2004	1.71	1.01		1.04	0.05	
2009	1.77	1.14	1.90	0.57	0.57	

Quelle: eigene Berechnungen auf der Basis von Daten aus dem Eurobarometer und der Europawahlstudien 2004 und 2009. Siehe zur Berechnung der Logitkoeffizienten die Legende zu Abbildung 2.

In den protestantischen Ländern bewegt sich der Effekt der Einbindung in religiöse Zusammenhänge generell eher in der Nähe der katholischen Länder ohne als in jenen mit starken christdemokratischen Parteien. Der

Gottesdienstbesuch spielt also generell eine schwächere Rolle. Vergleichsweise stark fällt der Effekt in Norwegen aus, es folgt Dänemark, und das Schlusslicht bildet Großbritannien, wo im gesamten Untersuchungszeitraum der Kirchgang die Wahrscheinlichkeit, für die Tories zu stimmen, nur schwach beeinflusst, was mit dem starken sozioökonomischen Cleavage zusammenhängen könnte. In den gemischt-konfessionellen Ländern vermag der Kirchgang hingegen einen relativ starken Effekt auf das Wahlverhalten entfalten, der durchaus auf dem Niveau Belgiens und Italiens liegt. Lediglich Ostdeutschland fiel bis 1998 im Vergleich zu den Niederlanden und Westdeutschland etwas ab (Tabelle 3).

Nachdem Unterschiede zwischen den betrachteten europäischen Ländern nachgewiesen werden konnten, ist nun zu fragen, ob der Effekt des Kirchgangs über die Zeit stabil bleibt. Anlass zu dieser Frage geben nicht zuletzt Behauptungen, soziale Bindungen erodierten und besäßen im 21. Jahrhundert eine schwächere Wirkung auf das Wahlverhalten als etwa noch in der Mitte des 20. Jahrhunderts.

Empirisch finden sich durchaus Anhaltspunkte für die Korrektheit dieser These. In Dänemark lässt sich nämlich seit Mitte der siebziger Jahre ein sinkender Trend des Religiositätseffekts belegen; allerdings ist dabei zu berücksichtigen, dass der Effekt 1973 im Jahr der sogenannten Erdbebenwahl sogar negativ war. In Italien führte die Auflösung der christdemokratischen Democrazia Cristiana 1994 ebenfalls zu einer deutlichen Abschwächung des Zusammenhangs. Auch in Belgien und den Niederlanden scheinen Verschiebungen im Parteiensystem mit einer Abschwächung des Religiositätseffekts einhergegangen zu sein. In anderen Gesellschaften wie etwa der irischen und der französischen, sind dagegen nicht einmal im Ansatz systematische Abwärtstendenzen zu erkennen; vielmehr sind allenfalls unsystematische Auf- und Abwärtsbewegungen zu beobachten. Diese Oszillationen auf einem insgesamt stabilen Niveau deuten auf eine unveränderte Bedeutung der Religiosität für das Wahlverhalten in diesen europäischen Staaten hin. Allerdings gilt diese Aussage naturgemäß nur für den Untersuchungszeitraum, weshalb nicht ausgeschlossen werden kann, dass die Wirkung etwa seit den fünfziger Jahren nachgelassen hat. Insgesamt ergibt sich für die betrachteten Staaten ein uneinheitliches Bild, das jedoch nicht für die Annahme spricht, die Religiosität habe seit den siebziger Jahren flächendeckend an Einfluss auf das Wahlverhalten eingebüßt.

In den USA ist kein historisch gewachsenes und sozial verankertes Religions- und Konfessionscleavage im Sinne von Lipset/Rokkan (1967) vorzufinden. Doch heißt dies nicht, dass die Konfessionszugehörigkeit nicht mit dem Wahlverhalten zusammenhänge. Vielmehr weisen die verschiedenen konfessionellen Gruppen durchaus unterschiedliche parteipolitische Profile auf. Zieht man die Andersgläubigen als Referenzkategorie heran, können bei den Präsidentschaftswahlen 1960-2000 die Juden als Bastion der Demokratischen Partei gelten; ebenso weisen die Konfessionslosen und die Katholiken in dieser Phase eine leichte Präferenz für demokratische Präsidentschaftsbewerber auf. Dagegen entscheiden sich Protestanten in ihren verschiedenen Schattierungen eher für die republikanischen Präsidentschaftsbewerber, am stärksten galt dies lange Zeit für die liberalen Protestanten, in jüngerer Zeit jedoch für evangelikale Protestanten.

Dieses Muster findet sich jedoch nicht im gesamten betrachteten Zeitraum in gleicher Weise. Erstens unterstützten die Katholiken zwar 1960 John F. Kennedy dank dessen katholischer Konfession ebenso deutlich wie die Juden, weisen seitdem aber nur eine schwache demokratische Präferenz auf. Zweitens konnte der Baptist Jimmy Carter als demokratischer Bewerber die republikanische Präferenz der konservativen Protestanten neutralisieren. Neben diesen wahlspezifischen Änderungen ist, drittens, ein langfristiger Wandel zu erkennen: Die liberalen Protestanten, die noch 1960 die entschiedensten Anhänger der Republikaner waren, scheinen seit Anfang der neunziger Jahre des 20. Jahrhunderts von den moderaten und konservativen Protestanten, die die *christian right* umfassen, als eifrigste Anhänger und Wähler republikanischer Kandidaten abgelöst worden zu sein. Nicht zuletzt dürfte diese Verschiebung damit zusammenhängen, dass in der Republikanischen Partei sozial konservative Kräfte an Einfluss gewannen. Indirekt spielt die religiöse Rechte somit durchaus eine wichtige Rolle für das Wahlverhalten in den USA, doch scheint sie im betrachteten Zeitraum nicht in der Lage, Wahlen in die eine oder andere Richtung zu entscheiden, zumal da konservative Protestanten deutlich unterschiedlich an Wahlen teilnehmen (vgl. Manza/Brooks 1997: 72). Viertens schließlich haben sich, insgesamt betrachtet, von 1960 bis 2000 die Unterschiede im Wahlverhalten zwischen den verschiedenen Konfessionsgruppen praktisch nicht verändert. Im Ergebnis besitzt die Konfession – auch nach einigen Verschiebungen – noch eine beträchtliche Wirkung auf das Wahlverhalten in den USA (vgl. Manza/Brooks 1997, 1999: Kapitel 4; Brooks/Manza 2004).

Dieser internationale Überblick zeigt dreierlei. Erstens wird erkennbar, dass die Bündnisse zwischen Konfessionen und Parteien zwischen den Ländern zum Teil deutlich variieren: In Deutschland und Frankreich wählen Katholiken eher rechte, konservative Parteien, während sie in den beiden angelsächsischen Ländern eher für

linke, progressive Parteien votieren, was mit ihrem Außenseiterstatus in diesen Ländern zusammenhängt. Allgemeiner formuliert, spielen der historische Hintergrund und der gesellschaftliche Kontext eine wichtige Rolle. Zweitens ist der Zusammenhang zwischen Konfession und Religiosität einerseits und Wahlverhalten andererseits in verschiedenen Gesellschaften unterschiedlich stark ausgeprägt: Beispielsweise fällt er in Großbritannien praktisch nicht ins Gewicht, während er etwa in einer Reihe katholischer Gesellschaften ein ganz erhebliches Ausmaß erreicht. Drittens lässt sich in den betrachteten Ländern kein übergreifender säkularer Entwicklungstrend erkennen. Daher erscheint es trotz unübersehbarer Säkularisierungstendenzen nicht ausgeschlossen, dass – bei Parteipolitisierung geeigneter Themen mit religiös-konfessionellem Bezug – der Kirchturm auch künftig einen langen Schatten in die politische Arena werfen wird (siehe für das Bild Mielke 1991).

3.4. Zusammenfassung

Im vorliegenden Abschnitt wurde ausgehend von der Theorie Lipset/Rokkans (1967) die Wirkung der sozioökonomischen und der religiös-konfessionellen Konfliktlinie für das Wahlverhalten untersucht. Es stellte sich heraus, dass der Einfluss der sozioökonomischen Gruppenzugehörigkeit in Deutschland seit den fünfziger Jahren etwas nachgelassen hat und ein solcher Abwärtstrend auch in einer Reihe anderer westlicher Demokratien nachgewiesen werden kann. Gleichwohl hat das Klassen-Cleavage auch heute noch nicht seine Bedeutung für das Wahlverhalten vollends eingebüßt. Erst recht gilt dies für die religiös-konfessionelle Konfliktlinie, da die Konfessionszugehörigkeit und die Häufigkeit des Gottesdienstbesuchs in Deutschland wie in einer Vielzahl anderer westlicher Demokratien praktisch ungebrochen beeinflussen. Diese Bestandsaufnahme lässt es nicht unwahrscheinlich erscheinen, dass die historisch überlieferten Konfliktlinien auch künftig das Wahlverhalten beeinflussen dürften. Dabei sollte nicht vergessen werden, dass unter dem Einfluss des gesellschaftlichen Wandels wohlbekanntes Spannungslinien in neuen Erscheinungsformen auftreten können. Man denke etwa an die Rolle der Religion in europäischen Gesellschaften mit einem wachsenden Anteil muslimischer Einwohner. Nicht zuletzt deshalb verdienen sozialstrukturelle Konfliktlinien in der Wahlforschung auch in Zukunft erhebliche Aufmerksamkeit.

Literatur

- Alford, Robert R., 1962: A Suggested Index of the Association of Social Class and Voting. In: *Public Opinion Quarterly* 26, 417-425.
- Arzheimer, Kai/Falter, Jürgen W., 1998: 'Annäherung durch Wandel'? Das Ergebnis der Bundestagswahl 1998 aus Ost-West-Perspektive. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* B52/98, 33-43.
- Arzheimer, Kai/Falter Jürgen W., 2002: Ist der Osten wirklich rot? Das Wahlverhalten bei der Bundestagswahl 2002 in Ost-West-Perspektive. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* B49-50, 27-35.
- Arzheimer, Kai/Falter, Jürgen W., 2005: „Goodbye Lenin?“ Bundes- und Landtagswahlen seit 1990: Eine Ost-West-Perspektive, in: Falter, Jürgen W./Gabriel, Oscar W./Weßels, Bernhard (Hrsg.), *Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 2002*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 244-283.
- Arzheimer, Kai/Schoen, Harald, 2007: Mehr als eine Erinnerung an das 19. Jahrhundert? Das sozioökonomische und das religiös-konfessionelle Cleavage und Wahlverhalten 1994-2005, in: Rattinger, Hans/Gabriel, Oscar W./Falter, Jürgen W. (Hrsg.), *Der gesamtdeutsche Wähler*, Baden-Baden: Nomos, 2007, 89-112.
- Brooks, Clem/Manza, Jeff, 1997a: Social Cleavages and Political Alignments: U.S. Presidential Elections, 1960 to 1992. In: *American Sociological Review* 62, 937-946.
- Brooks, Clem/Manza, Jeff, 1997b: Class Politics and Political Change in the United States, 1952-1992. In: *Social Forces* 76, 379-408.
- Brooks, Clem/Manza, Jeff, 2004: A Great Divide? Religion and Political Change in U.S. National Elections, 1972-2000. In: *Sociological Quarterly* 45, 421-450.
- Brooks, Clem/Nieuwbeerta, Paul/Manza, Jeff, 2006: Cleavage-based class-voting behavior in cross-national perspective: evidence from six postwar democracies. In: *Social Science Research* 35, 88-128.
- Dalton, Russell J., 1984: Cognitive Mobilization and Partisan Dealignment in Advanced Industrial Democracies. In: *Journal of Politics* 46, 264-284.
- Dalton, Russell J., 2002: *Citizen Politics*. 3. Auflage. New York: Chatham House Publishers.
- Dalton, Russell J./Flanagan, Scott C./Beck, Paul Allen, 1984: Electoral Change in Advanced Industrial Societies. In: Dalton, Russell J./Flanagan, Scott C./Beck, Paul Allen (Hrsg.): *Electoral Change in Advanced Industrial Democracies: Realignment or Dealignment?* Princeton: Princeton University Press, 3-22.
- Elff, Martin, 2006: Politische Ideologien, soziale Konflikte und Wahlverhalten. Die Bedeutung politischer Angebote der Parteien für den Zusammenhang zwischen sozialen Merkmalen und Parteipräferenzen in zehn westeuropäischen Demokratien. Baden-Baden: Nomos.
- Elff, Martin, 2007: Social Structure and Electoral Behavior in Comparative Perspective: The Decline of Social Cleavages Revisited. In: *Perspectives on Politics* 5, 277-294.
- Elff, Martin, 2009: Social Divisions, Party Positions, and Electoral Behaviour. In: *Electoral Studies* 28, 297-308.
- Elff, Martin/Roßteutscher, Sigrid, 2009: Die Entwicklung sozialer Konfliktlinien in den Wahlen von 1994 bis 2005. In: Gabriel, Oscar W./Weßels, Bernhard/Falter, Jürgen W. (Hrsg.), *Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 2005*, Wiesbaden 2009, 307-327.
- Erikson, Robert S./Goldthorpe, John H./Portocarero, Lucienne, 1979: Intergenerational Class Mobility in Three Western European Societies. In: *British Journal of Sociology* 30, 415-441.
- Evans, Geoffrey, 2010: Models, Measures and Mechanisms: An Agenda for Progress in Cleavage Research. In: *West European Politics* 33, 634-647.
- Evans, Geoffrey/Whitefield, Stephen, 1999: The Emergence of Class Politics and Class Voting in Postcommunist Russia. In: Evans, Geoffrey (Hrsg.): *The End of Class Politics?* Oxford: Oxford University Press, 254-277.

- Falter, Jürgen W./Schoen, Harald, 1999: Wahlen und Wählerverhalten. In: Ellwein, Thomas/Holtmann, Everhard (Hrsg.): 50 Jahre Bundesrepublik Deutschland. Opladen: Westdeutscher Verlag, 454-470.
- Flora, Peter, 2000: Einführung und Interpretation. In: Rokkan, Stein: Staat, Nation und Demokratie in Europa. Die Theorie Stein Rokkans aus seinen gesammelten Werken rekonstruiert und eingeleitet von Peter Flora. Frankfurt/Main: Suhrkamp, 14-119.
- Franklin, Mark N., 2010: Cleavage Research: A Critical Appraisal. In: West European Politics 33, 648-658.
- Gluchowski, Peter/Graf, Jutta/von Wilamowitz-Moellendorff, Ulrich, 2002: Sozialstrukturelle Grundlagen des Parteienwettbewerbs in der Bundesrepublik Deutschland. In: Gabriel, Oscar W./Niedermayer, Oskar/Stöss, Richard (Hrsg.): Parteiendemokratie in Deutschland. 2., akt. u. erw. Auflage. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, 181-203.
- Goldthorpe, John H., 1999: Modelling the Pattern of Class Voting in British Elections, 1964-1992. In: Evans, Geoffrey (Hrsg.): The End of Class Politics? Oxford: Oxford University Press, 59-82.
- Heath, Anthony/Jowell, Roger/Curtice, John, 1985: How Britain Votes. Oxford: Pergamon Press.
- Heath, Anthony/Jowell, Roger/Curtice, John, 2001: The Rise of New Labour. Party Policies and Voter Choices. Oxford: Oxford University Press.
- Heath, Anthony/Jowell, Roger/Curtice, John/Evans, Geoff/Field, Julia/Witherspoon, Sharon, 1991: Understanding Political Change. The British Voter 1964-1987. Oxford: Pergamon Press.
- Jagodzinski, Wolfgang/Quandt, Markus, 1997: Wahlverhalten und Religion im Lichte der Individualisierungsthese. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 49, 761-782.
- Jagodzinski, Wolfgang/Quandt, Markus, 2000: Religion und Wahlverhalten in der längsschnittlichen Entwicklung. In: Klein, Markus/ Jagodzinski, Wolfgang/Mochmann, Ekkehard/Ohr, Dieter (Hrsg.): 50 Jahre Empirische Wahlforschung in Deutschland. Entwicklung, Befunde, Perspektiven, Daten. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, 159-181.
- Jesse, Eckhard, 1997: Die Demokratie der Bundesrepublik Deutschland. 8. Auflage. Baden-Baden.
- Knutsen, Oddbjörn, 2004: Religious Denomination and Party Choice in Western Europe: A Comparative Longitudinal Study from Eight Countries, 1970-1997. In: International Political Science Review 25, 97-128.
- Knutsen, Oddbjörn, 2010: The Regional Cleavage in Western Europe: Can Social Composition, Value Orientations and Territorial Identities Explain the Impact of Region on Party Choice. In: West European Politics 33, 553-585.
- Kohler, Ulrich, 2002: Der demokratische Klassenkampf. Zum Zusammenhang von Sozialstruktur und Parteipräferenz. Frankfurt/Main: Campus.
- Korpi, Walter, 1972: Some Problems in the Measurement of Class Voting. In: American Journal of Sociology 78, 627-642.
- Kriesi, Hanspeter, 2010: Restructuration of Partisan Politics and the Emergence of a New Cleavage Based on Values. In: West European Politics 33, 673-685.
- Lipset, Seymour M., 1960: Political Man. Garden City: Doubleday.
- Lipset, Seymour M./Rokkan, Stein, 1967: Cleavage Structures, Party Systems, and Voter Alignments: An Introduction. In: Lipset, Seymour M./Rokkan, Stein (Hrsg.): Party Systems and Voter Alignments: Cross – National Perspectives. New York: The Free Press, 1-64.
- Manza, Jeff/Brooks, Clem, 1997: The Religious Factor in U.S. Presidential Elections, 1960-1992. In: American Journal of Sociology 103, 38-81.
- Manza, Jeff/Brooks, Clem, 1999: Social Cleavages and Political Change. Oxford: Oxford University Press.
- Mateju, Petr/Rehakova, Blanka/Evans, Geoffrey, 1999: The Politics of Interests and Class Realignment in the Czech Republic, 1992-1996. In: Evans, Geoffrey (Hrsg.): The End of Class Politics? Oxford: Oxford University Press, 231-253.
- Mielke, Gerd, 1991: Des Kirchturms langer Schatten. Konfessionell-religiöse Bestimmungsfaktoren des Wahlverhaltens. In: Wehling, Hans-Georg (Hrsg.): Wahlverhalten. Stuttgart: Kohlhammer, 139-164.

- Nieuwebeerta, Paul, 1995: *The Democratic Class Struggle in Twenty Countries 1945-1990*. Amsterdam: Thesis Publishers.
- Pappi, Franz Urban, 1977: Sozialstruktur, gesellschaftliche Wertorientierungen und Wahlabsicht. In: *Politische Vierteljahresschrift* 18, 195-229.
- Pappi, Franz Urban, 1985: Die konfessionell-religiöse Konfliktlinie in der deutschen Wählerschaft: Entstehung, Stabilität und Wandel. In: Oberndörfer, Dieter/Rattinger, Hans/Schmitt, Karl (Hrsg.): *Wirtschaftlicher Wandel, religiöser Wandel und Wertwandel. Folgen für das politische Verhalten in der Bundesrepublik Deutschland*. Berlin: Duncker und Humblot, 263-290.
- Pappi, Franz Urban, 2002: Die politisierte Sozialstruktur heute: Historische Reminiszenz oder aktuelles Erklärungspotential? In: Brettschneider, Frank/van Deth, Jan/Roller, Edeltraud (Hrsg.): *Das Ende der politisierten Sozialstruktur?* Opladen: Leske + Budrich, 25-46.
- Pulzer, Peter G. J., 1967: *Political Representation and Elections in Britain*. London: Allen and Unwin.
- Ringdal, Kristen/Hines, Kjell, 1995: Patterns in Class Voting in Norway 1957-1989: Decline or 'trendless fluctuation'? In: *Acta Sociologica* 38, 33-51.
- Roßteutscher, Sigrid, 2007: CDU-Wahl 2005: Katholiken, Kirchgänger und eine protestantische Spitzenkandidatin aus dem Osten. In: Brettschneider, Frank/Niedermayer, Oskar/Weßels, Bernhard (Hrsg.), *Die Bundestagswahl 2005. Analysen des Wahlkampfes und der Wahlergebnisse*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 321-347.
- Schmitt, Karl, 1989: *Konfession und Wahlverhalten in der Bundesrepublik Deutschland*. Berlin: Duncker und Humblot.
- Schnell, Rainer/Kohler, Ulrich, 1995: Empirische Untersuchung einer Individualisierungshypothese am Beispiel der Parteipräferenz von 1953-1992. In: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 47, 634-657.
- Schoen, Harald, 2005: Soziologische Ansätze in der empirischen Wahlforschung. In: Falter, Jürgen W./Schoen, Harald (Hrsg.), *Handbuch Wahlforschung*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 135-185.
- Schoen, Harald/Zettl, Christian, 2010: Alte Allianzen, neue Bündnisse oder alles im Fluss? Gesellschaftliche Konfliktlinien und Wahlverhalten im vereinten Deutschland. In: Jesse, Eckhard/Sturm, Roland (Koord.), *Bilanz der Bundestagswahl 2009*, München: Bayerische Landeszentrale für Politische Bildungsarbeit, 117-134.
- Seawright, David, 2000: A confessional cleavage resurrected? In: Broughton, David/ten Napel, Hans-Martien (Hrsg.): *Religion and Mass Electoral Behaviour in Europe*. London: Routledge, 44-60.
- Thomsen, Søren Risbjerg, 1987: *Danish Elections, 1920-1979. A Logit Approach to Ecological Analysis and Inference*. Århus: Politica.
- Weakliem, David L., 2001: Social Class and Voting. The Case Against Decline. In: Clark, Terry Nichols/Lipset, Seymour Martin (Hrsg.), *The Breakdown of Class Politics*, Baltimore: The Johns Hopkins University Press, 197-223.
- Wolf, Christof, 1996: Konfessionelle versus religiöse Konfliktlinie in der deutschen Wählerschaft. In: *Politische Vierteljahresschrift* 37, 713-734.

Weiterführende Literatur

Bartolini, Stefano/Mair, Peter, 1990: Identity, competition, and electoral availability. Cambridge: Cambridge University Press.

Clark, Terry Nichols/Lipset, Seymour Martin (Hrsg.), 2001: The Breakdown of Class Politics. Baltimore: The Johns Hopkins University Press.

Evans, Geoffrey (Hrsg.), 1999: The End of Class Politics? Oxford: Oxford University Press.

Franklin, Mark N., Thomas T. Mackie, Henry Valen (Hrsg.), 1992: Electoral Change. Responses to Evolving Social and Attitudinal Structures in Western Countries. Cambridge: Cambridge University Press.

Karvonen, Lauri/Kuhnle, Stein (Hrsg.), 2001: Party Systems and Voter Alignments Revisited. London: Routledge.

Knutsen, Oddbjørn/Scarborough, Elinor, 1995: Cleavage Politics. In: van Deth, Jan W./Scarborough, Elinor (Hrsg.): The Impact of Values. Oxford: Oxford University Press, 492-523.

Whitefield, Stephen, 2002: Political Cleavages and Post-Communist Politics. In: Annual Review of Political Science 5, 181-200.

Einführende Texte

Gabriel, Oscar W./Keil, Silke I., 2005: Wählerverhalten. In: Gabriel, Oscar W./Holtmann, Everhard (Hrsg.), Handbuch Politisches System der Bundesrepublik Deutschland. München u.a.: Oldenbourg, 575-621.

Pappi, Franz Urban, 2002: Die politisierte Sozialstruktur heute: Historische Reminiszenz oder aktuelles Erklärungspotential? In: Brettschneider, Frank/van Deth, Jan/Roller, Edeltraud (Hrsg.): Das Ende der politisierten Sozialstruktur? Opladen: Leske + Budrich, 25-46.

Schoen, Harald, 2005: Soziologische Ansätze in der empirischen Wahlforschung. In: Falter, Jürgen W./Schoen, Harald (Hrsg.), Handbuch Wahlforschung, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 135-185.

Übungsfragen

1. Wie hat sich das class-voting in der Geschichte der Bundesrepublik entwickelt?
2. Wie hat sich die Wirkung der Konfessionszugehörigkeit auf das Wahlverhalten in der Bundesrepublik entwickelt?
3. Vergleichen Sie die Bedeutung des sozioökonomischen Cleavages für das Wahlverhalten in West- und Ostdeutschland.
4. Vergleichen Sie die Bedeutung des religiös-konfessionellen Cleavages für das Wahlverhalten in West- und Ostdeutschland.
5. Kann man im internationalen Vergleich von einem Ende des class-voting sprechen?
6. Ist es angemessen, für westliche Demokratien von einem Niedergang des Einflusses der Konfessionszugehörigkeit auf das Wahlverhalten zu sprechen?